Klassenkampf

Kommunistisches Organ
für Halle-Merseburg mit der illustrierten Internationalen Arbeiter-Zeitung „Sichel u. Hammer"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,60 Mark; durch die Post bezogen 2,85 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Anzeigenpreis: 9 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 36 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1998 45 Fritz Kroß, Halle

Einzelpreis 15 Pf. — **Halle, Dienstag, den 14. Oktober 1924** — **4. Jahrgang * Nr. 190**

An die hallischen Metallarbeiter!

Was lehrt uns die abgeschlossene Lohnbewegung für die mitteldeutsche Metallindustrie?

Kolleginnen, Kollegen! Seit Monaten sind alle für die Arbeiterschaft unentbehrlichen Lebensmittel, wie Fleisch, Brot, Milch und andere im Preise erheblich gestiegen. Immer wieder hat der Metallarbeiterverband, zuletzt am 23. September, eine Erhöhung der Löhne von den mitteldeutschen Metallindustriellen verlangt.

Wir forderten:

Für Facharbeiter 58 Pfg.,
Für Angelernte 54 Pfg.,
Für Ungelernte 50 Pfg.

Für Arbeiterinnen 65 Prozent des Lohnes der männlichen Arbeiter.

Für Lehrlinge im 1. Lehrjahr 6 Pfg.,
Für Lehrlinge im 2. Lehrjahr 8 Pfg.,
Für Lehrlinge im 3. Lehrjahr 12 Pfg.,
Für Lehrlinge im 4. Lehrjahr 15 Pfg.

Wochenlang wurde die Verhandlung über unsere Lohnforderung durch die Unternehmer verschleppt. Endlich hat der hallische Schlichungsausschuß am 26. September einen Schiedsspruch gefällt, der folgende „Lohnerhöhung" vorsieht:

2 Pfg. für die über 18 Jahre alten Metallarbeiter,
1 Pfg. für die über 16—18 Jahre alten Metallarbeiter,
1 Pfg. für Arbeiterinnen.

Lehrlinge und jugendliche Arbeiter erhalten nichts.

Kollegen! Auch diese viel zu geringe Lohnerhöhung haben die Metallindustriellen abgelehnt (erst durch unseren Antrag auf Verbindlichkeitserklärung wurden sie gezwungen, die Zulage auszuzahlen). Brutal erklärten sie: **„Die eingetretene Teuerung ist noch ein Grund zur Erhöhung der Löhne."** Ein anderer Unternehmer erklärte dem Betriebsrat, der für seine Belegschaft eine Lohnzulage verlangte und auf das Elend seiner Kollegen hinwies: **„Ob die Arbeiter mit ihren Löhnen auskommen, interessiert mich sehr wenig, die Hauptsache ist, daß mein Betrieb rentabel arbeitet."**

Kollegen! Es ist eine Verhöhnung Eurer elenden Lage, wenn die Unternehmer behaupten, daß es auch ihnen schlecht geht, daß sie nichts verdienen und sie Euch nur aus purer Menschenliebe beschäftigen.

Wie sieht die Wirklichkeit aus? Die Luxusautos, die herrlichen Villen, die Badereisen und Gastmähler lassen nichts von einer Notlage der Unternehmer erkennen.

Dieser Luxus wird von dem Ertrag Eurer Arbeit bezahlt

Vergeßt auch nicht, daß die reaktionären Organisationen (Stahlhelm, Bismarck-Bund, Jungdo) von den Geldern der Unternehmer ausgehalten werden. Derweilen müßt Ihr wochenlang darben, um ein warmes Kleidungsstück für den Winter zu ersparen.

Und wie sieht es mit der Arbeitszeit aus. Auf dem Papier ist noch heute der Achtstundentag „gesetzlich" geschützt. Nach den eigenen Angaben der Unternehmer sind 80 Prozent der Betriebe schlecht beschäftigt. **Wir verlangten darum die Wiedereinführung der achtstündigen Arbeitszeit.** Diese Forderung ist abgelehnt. **Der Direktor eines großen Werkes erklärte: „Und wenn ich nur noch fünf Arbeiter beschäftige, so wird länger wie acht Stunden gearbeitet."**

Ihr müßt hungern bei neun-, zehn und mehrstündiger Arbeitszeit, damit die Unternehmer im Ueberfluß leben können. Dieselben Unternehmer predigen Euch: „Verständigung" und „gemeinsamen Wiederaufbau der Wirtschaft."

Kollegen! Die nächsten Wochen und Monate werden Euch noch mehr Hunger und Elend bringen, falls Ihr Euch nicht zur Wehr setzt

Junker und Schlotbarone haben sich verbündet zur verschärften Ausbeutung der werktätigen Bevölkerung. Die bevorstehende Einführung der Schutzzölle hat schon jetzt die Preise für Korn, Fleisch und Butter über den Stand der Vorkriegszeit hinaufgetrieben. Durch Senkung der Löhne und Verlängerung der Arbeitszeit sollen den Industriekapitänen noch größere Profite zugeschanzt werden. **Das erfordert die Durchführung des Sachverständigengutachtens, deren Lasten zu sieben Achtel von Euch und zu einem Achtel von der besitzenden Klasse aufgebracht werden sollen.**

Hallische Metallarbeiter, wir fordern Euch auf, gegen diese Pläne der Unternehmer den Kampf aufzunehmen. Setzt Euch zur Wehr. Ueberall im Reiche treffen unsere Arbeitsbrüder Vorbereitungen, die kapitalistische Offensive abzuwehren. Wollt Ihr allein zurückstehen? Das ist unmöglich. Die Kapitalisten werden Euch durch verschärfte Ausbeutung zwingen, endlich Eure Gleichgültigkeit abzustreifen.

Die Vorbedingung Eures Sieges sind starke, kampffähige Gewerkschaften

Daß bei der letzten Lohnbewegung statt 7 Pfg. nur 2 Pfg. und 1 Pfg. Lohnerhöhung eintrat, ist Schuld der unorganisierten Kollegen, die — bewußt oder unbewußt — die Unternehmer unterstützen.

Hinweg auch mit gewerkschaftlicher Zersplitterung, die die Arbeiterschaft schwächt im Kampfe gegen das einheitlich organisierte Unternehmertum.

Ein Betrieb, ein Verband!

Nur dadurch schaffen wir die unbedingt notwendigen Industrieorganisationen.

Alle in der hallischen Metallindustrie beschäftigten Arbeiter, Arbeiterinnen, Jugendliche und Lehrlinge gehören in den Deutschen Metallarbeiter-Verband.

Je größer sein Einfluß in den Betrieben ist, desto leichter wird es uns möglich sein, Eure Forderungen durchzusetzen:

Erhöhung der Löhne, Wiedereinführung des Achtstundentages

Die Ortsverwaltung Halle des DMV.

Zeppelin R. III. auf dem Wege nach Amerika!

* **Halle, 14. Oktober.**

„Keiner hat Schuld daran, daß er als Sklave geboren wurde; aber ein Sklave, dem nicht nur alle Freiheitsbestrebungen fremd sind, der aber auch seine Sklaverei rechtfertigt und behauptet — ein solcher Sklave, der das berechtigte Gefühl der Empörung, der Verachtung und des Ekels hervorruft, ist ein Lump und eine feuchtische Seele."
Lenin.

„Am Sonntagmorgen, punkt 6.34 Uhr, bei sehr nebligem Wetter hat der Zeppelin R. 3 seine Fernfahrt nach Amerika angetreten" — so berichteten gestern die Telegraphenbureaus. In den deutschen Zeitungen erhebt sich darob großer Lärm: Z. R. 3 abgefahren! Z. R. 3 über Frankreich! Z. R. 3 über dem Ozean!

Wie eine festliche Angelegenheit, so behandelt die deutsche Bourgeoisie und ihre intellektuellen Handlanger in den bürgerlichen und sozialdemokratischen Redaktionen die Sklavenfahrt des Zeppelin-Luftschiffes. Zunächst verschwiegen sie gänzlich, daß Z. R. 3 gebaut wurde, um als Reparationsabgabe an Amerika geliefert zu werden. In dem großen Reklamefilm, der durch sämtliche deutschen Kinos ging, stand nicht ein Wort davon! Und auch jetzt nach liest man von dieser Tatsache nur in gelegentlichen, kitschigverlogenen Nebensätzen. So sehr hat die deutsche Bourgeoisie jede nationale Selbstachtung verloren. Sie fühlt sich wohl in der Helotenrolle, die ihr vom Versailler Vertrag zudiktiert wurde, wohl wissend, daß dabei noch genug klingender Lohn herausspringt für die Dienste des Sklavenhalters, die sie zu erfüllen hat.

Die deutsche Bourgeoisie bejubelt die Fahrt dieses Reparationsluftschiffes. Und warum sollte sie nicht? Sie, die eben noch bei Annahme des Londoner Kolonialpaktes gezeigt hat, daß sie für ihren Profit bereit ist, jeden Landesverrat zu begehen, sie, die 7000 ehrliche Arbeiter in ihren Gefängnissen foltert und gleichzeitig die Schamlosigkeit besitzt, auf Befehl Herriots separatistische Lumpen freizulassen, diese Bourgeoisie fällt gewiß nicht aus der Rolle, wenn sie ihren Tribut kniefällig und mit strahlenden Augen dem großen Herrn jenseits des Ozeans darreicht.

Deshalb sind die Fahrt des Z. R. 3 und der erbärmliche Rummel der deutschen Presse eine höchst politische Angelegenheit. Sie zeigen nicht nur die feige, erbärmliche, ekelerregende Haltung der landesverräterischen deutschen Bourgeoisie, sie zeigen auch die immer mehr die Welt beherrschende Stellung des amerikanischen Imperialismus. Wenn jetzt auf Grund des Friedensvertrages die Luftschiffwerft in Friedrichshafen abgerissen und das Material auf den Schutthaufen geworfen wird, dann werden die deutschen Zeppelin-Ingenieure nach Amerika ziehen. Sie sind längst für die neue große amerikanische Zeppelin-Gesellschaft verpflichtet. Bald wird jenseits des Ozeans eine ganze Armee von Riesenluftschiffen erstehen, wertvolle Helfer der amerikanischen Welteroberer. Wie lange noch und sie werden, wohlausgerüstet mit den herrlichen Giftgaserfindungen, ihr Werk zur „Befriedung" der Welt, im Dienste der großen Trustkönige, vollführen.

*

Bei dem jämmerlichen Schauspiel, das die deutsche Bourgeoisie gegenwärtig bietet, bei dieser politischen Prostitution, für die es in der Geschichte wenig Parallelen gibt, drängt sich uns ein Vergleich auf: Rußland.

Wie bewußt, stolz und unerbittlich lebt das russische Volk heute die Gestaltung seiner Geschichte, vor allem in außenpolitischer Hinsicht, mit. Selbst bürgerliche Berichterstatter aller Länder heben immer wieder staunend hervor, wie empfindlich die russischen Massen gegenüber jeder Verletzung der nationalen Ehre und Interessen Rußlands durch einen kapitalistischen Staat sind. So war es bei der Ermordung Worowskis, so war es bei den Curzons Drohnoten, so war es beim Ueberfall auf die russische Handelsvertretung in Berlin. In riesigen Kundgebungen, spontanen Explosionen des Massenzornes, nehmen sie gegen den Uebermut der ausländischen Kapitalisten Stellung.

Die befreiten russischen Arbeiter und Bauern wissen, was nationale Unabhängigkeit, was nationale Selbstachtung ist!

Die deutsche Bourgeoisie weiß nichts von alledem und noch viel weniger weiß davon die SPD., die einmal in der Geschichte als der erbärmlichste Hausknecht der imperialistischen Interessen Englands und Amerikas dastehen wird. Während die deutsche Bourgeoisie sich ihren Verrat der deutschen Massen mit klingender Münze bezahlen läßt, wirft sich die Sozialdemokratie in eine Art von politischem Masochismus dem bombenwerfenden Ramsay Macdonald und dem Ruhrret-

Kämpfe der Gas- und Wasserwerkarbeiter

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 14. Oktober.**

Die städtischen Gas- und Wasserwerkarbeiter, die den Schiedsspruch abgelehnt haben, verlassen nach acht Stunden den Betrieb, trotz der Drohung mit Maßregelung von seiten der Direktion.

Greiz, 13. Oktober.

In Greiz sind sämtliche Arbeiter der städtischen Gas- und Wasserwerke in den Streik getreten. Das Gas mußte bereits gesperrt werden, ebenso ist die Wasserversorgung gefährdet. Es handelt sich um Lohndifferenzen im ganzen Arbeitgebergebiet Erfurt. In allen zu diesem Gebiet gehörenden Ortschaften, außer Erfurt, wird gestreikt.

Arnstadt, 13. Oktober.

Hier sind heute früh den städtischen Gas, Elektrizitäts- und Wasserwerken sämtliche Arbeiter wegen Lohndifferenzen in den Ausstand getreten.

*

Streik in den Papierfabriken

(Eig. Drahtm.) **Magdeburg, 14. Oktober.**

In Mitteldeutschland stehen 22 Papierfabriken mit einer Belegschaft von etwa 16000 Mann wegen Lohnerhöhung und Achtstundentag im Streik.

*

Der Bauarbeiterstreik beendet

(Eig. Drahtm.) **Magdeburg, 14. Oktober.**

Der acht Wochen dauernde Bauarbeiterstreik ist beendet. Die Arbeiter erhalten einen Stundenlohn von 78 Pfennig, ab 1. November 80 Pfennig.

*

Streiks in Ostpreußen

(Eig. Drahtm.) **Königsberg, 14. Oktober.**

In den verschiedenen Orten Ostpreußens streiken die Bauarbeiter, in Elbing, Insterburg, Allenstein, Ortelsburg und anderen Orten. Die Bauarbeiter haben gegen den Willen der Reformisten den Kampf um Lohnerhöhung aufgenommen

In Königsberg sind die Mühlenarbeiter in den Streik getreten; sie kämpfen für Lohnerhöhung, Achtstundentag, Urlaubsverlängerung und Erhöhung des Krankengeldes.

*

Mainzer Bauarbeiterstreik

(Eig. Drahtm.) **Mainz, 14. Oktober.**

Nachdem die Lohnverhandlungen der Bauarbeiter an dem Widerstand der Unternehmer gescheitert sind, traten die Mainzer Bauarbeiter in den Streik.

Der „Klassenkampf" erneut vor Gericht!

Halle, 14. Oktober.

Im März vorigen Jahres stand im Mansfelder „Klassenkampf" ein Artikel „Die Engrosschieber der Mansfelder A.-G" In diesem Artikel war gesagt worden, daß verschiedene hochstehende Beamte des Kaliwerks Wansleben sich der Küchenvorräte des dortigen Ledigenheims „erbarmt" hätten und einen ganzen Teil davon wegschleppen ließen. Weizenmehl sei in größeren Mengen verschwunden, ebenso Kohle.

Durch diesen Artikel fühlte sich der Bergwerksdirektor Ermisch in Wansleben beleidigt und klagte deshalb gegen den damaligen Verantwortlichen des „Klassenkampf", Genossen Drechsler. Die gestrige Verhandlung erbrachte keine völlige Klärung. Ein Antrag des Angeklagten auf Vertagung, weil der Hauptzeuge Reichstagsabgeordneter Lademann infolge wichtiger Sitzungen in Berlin verhindert sei, wurde abgelehnt. Damit hatte man die Beweisführung des Angeklagten verhindert.

Der geguerische Anwalt beantragte für diesen Artikel Freiheitsstrafe! Das Gericht verurteilte unseren Genossen zu 600 Mark Geldstrafe, obwohl er angab, daß er von dem Artikel, der in der damaligen Eisleber Redaktion verfaßt worden sei, überhaupt keine Kenntnis hatte. Gegen dieses unhaltbare Urteil wird Berufung eingelegt werden. Das letzte Wort ist also noch nicht gesprochen!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241014-14/fragment/page=0001

brecher Herriot vor die Füße. Die SPD., wie die gesamte 2. Internationale, sind heute nur noch elende Agenten der Weltherrschaft der großen Kapitalskönige. Ihnen, die diese Verbrechen mit den Phrasen des Pazifismus zu beschönigen versuchen, gilt obiges Wort Lenins und seine treffende Charakterisierung: „Lump und eine knechtische Seele“.

Die Zeppeliningenieure nebst Plänen nach Amerika

Berlin, 14. Oktober.

Der Erbauer des Z. R. III, Dr. Karl Arnstein, **reist mit seinem ganzen Ingenieurstab und mit allem Konstruktionsmaterial und den Modellen am 1. November nach Amerika.** In Akron im Staate Ohio werden die Zeppelinbauten dann im Namen der „Goodyear Corporation“ von einer amerikanischen Fabrik fortgesetzt.

Severings Schwanengesang

Berlin, 14. Oktober.

Wie mehrere Blätter melden, hat der preußische Minister des Innern die für nächsten Sonntag von den vereinigten vaterländischen Verbänden in Potsdamer Lustgarten geplante Feier zum Andenken an die Völkerschlacht bei Leipzig verboten.

•

Nanu, wird Severing auf einmal energisch, ist er seiner bisherigen Tradition untreu geworden? Am Sonntag hat er den Stahlhelm-Sporttag verboten und jetzt den faszistischen Aufmarsch in Potsdam. Was soll das bedeuten? Die Antwort ist sehr einfach.

Der Preußische Landtag geht schlafen. Im Reiche fordert die **Deutsche Volkspartei** die Erweiterung der Regierung nach rechts, also den Bürgerblock. Was die DVP. im Reiche tut, kann sie in Preußen nicht lassen. Die Koalition von den Sozialdemokraten bis zur Deutschen Volkspartei ist erledigt, sie wird vielleicht noch bis zu den Neuwahlen halten, darüber hinaus aber nicht. Herr Severing scheint das jetzt auch eingesehen zu haben, nachdem er noch in der Sitzung des Preußischen Landtags vom 8. Oktober den „Stahlhelm“ stark poussiert hat. Er erklärte dort:

„Sie werden, meine Herrschaften von der Deutschen Volkspartei, es erleben, daß der Stahlhelm nächstens — sagen wir mal — zwei Läden aufmacht, um mich vulgär auszudrücken, daß nationalsozialistische Gräfe-Ludendorff-Elemente sich von denen trennen, **denen es wirklich auf Gesundung der politischen Verhältnisse ankommt.** Mit den Leuten läßt sich durchaus verhandeln. Ein Deutscher Tag, den der Vorsitzende des Stahlhelmbundes in Magdeburg, der Kaufmann Seite, für den 12. Oktober beabsichtigt hat, ein solcher Tag wird genehmigt. Wir haben im preußischen Staatsministerium die Freude an wirklichen Festen, die nicht der Verhetzung dienen. Wenn es gelingen könnte — ich sage es Ihnen ganz offen — durch Genehmigung von Festen diesen vernünftigeren Teil des Stahlhelms von den nationalistischen Radaupolitikern zu entfernen, würde ich alles tun, um diesen Entwicklungsprozeß zu beschleunigen.“

Severing hofft auf den „vernünftigeren“ Teil des „Stahlhelms“, **das** sind die Leute der Deutschen Volkspartei, während die Radaupolitiker die Deutschvölkischen und Deutschnationalen vom Schlage Duesterbergs sind. Aber seine ganze Poussade der „vernünftigeren Elemente“ nützt ihm nichts. Er fliegt. Er hat durch seine Politik **die Reaktion in Preußen so stark gemacht, daß sie nun die staatliche Futtertrippe allein besetzen kann.** Und das weiß Severing und all die sozialdemokratischen Ober-, Regierungs- und Polizeipräsidenten. Deshalb wird er jetzt scheinbar so energisch gegen die Reaktion. Die Sozialdemokratie braucht einen guten Abgang aus dem Preußen-Kabinett. Ihm soll die Märtyrerkrone aufgedrückt werden. Wenn Severing und mit ihm sein Troß aus den Stellen hinausgeworfen sind, dann wird die Sozialdemokratie von „Opfern der Reaktion“ schreien. Die Verbote der paar faszistischen Veranstaltungen dienen nur dazu, der Sozialdemokratie Material für die kommenden Wahlen zum Preußischen Landtag zu geben. Nur so sind sie zu bewerten und nicht anders.

•

Der Dawes-Plan, der Europa „befrieden“ soll und nach deren Durchführung die Lage der Arbeiterschaft sich bessern soll, wie „Vorwärts“ und „Volksblatt“ behaupten, wirkt sich aus, doch im umgekehrten Sinne. Anstatt „Ruhe und Ordnung“ bringt er Streiks der Arbeiterschaft. Noch sind die Kämpfe vereinzelt, unorganisiert, lokal, beschränken sich auf kleine Gebiete. Doch sie sind ein Zeichen für den wiedererwachenden Kampfwillen der Arbeiterschaft, zeigen, daß die Arbeiter ihre Lethargie abstreifen und an die Wiedereroberung ihrer verlorenen Positionen herangehen. Sie kämpfen nicht nur für Lohnerhöhungen, sondern auch für den Achtstundentag. Beide Kampfobjekte, für die die Arbeiter in den Kampf treten, richten sich gegen die Durchführung der Dawes-Gesetze. Der Dawes-Plan kann nur durchgeführt werden auf Kosten der deutschen Arbeiter, kann nur durchgeführt werden, wenn die Löhne noch mehr herabgedrückt und die Arbeitszeit auf zwölf bis vierzehn Stunden verlängert wird. Das ist der Sinn und die Auswirkungen der Dawes-Gesetze.

Noch sind die Kämpfe unorganisiert, sie werden zu keinem endgültigen Erfolge führen. Doch die Front bildet sich. Die Arbeiter erkennen immer mehr, daß der Kampf gegen den Dawes-Pakt geführt werden muß, sie werden auch zu der Erkenntnis kommen, daß die Kämpfe nur als Massenkämpfe zu einem Erfolg führen werden. Die in- und ausländischen Kapitalisten, die Väter des Londoner Vertrages, werden an ihrem Kinde keine Freude haben, dafür sorgt die deutsche Arbeiterschaft.

Landtagsauflösung?

Für den Fall einer Reichstagsauflösung soll auch der Preußische Landtag aufgelöst werden, um gleichzeitig mit der Reichstagswahl die Neuwahl des Landtages vorzunehmen, dessen vierjährige Amtsperiode ohnehin am 20. Februar n. Jahres abläuft. So will es die bürgerliche Mehrheit mit Einschluß der Sozialdemokraten. Aber die Sache hat für sie einen Haken. Nach ihrer Meinung fallen mit der Auflösung auch alle Rechte der Abgeordneten, also auch die Freifahrt, Diäten und Immunität. Auf die Immunität würde man gern verzichten, weil dadurch die verhaßten kommunistischen Abgeordneten infolge der gerichtlichen Verfolgungen fast durchweg in die Gefängnisse wandern müßten und ihnen damit die Möglichkeit zur Wahlagitation genommen wäre. Den Verlust der Diäten würde man um dieses Gewinnes halber schon in Kauf nehmen. Nicht aber will man verzichten auf die Fahrkarte. Die Kosten der Wahlagitation würden für die Parteikassen enorm wachsen, wenn sie die Wahlreisen der Abgeordneten zahlen müßten. Deshalb wollte man schnell ein Gesetz machen, wonach die Freifahrkarte den Abgeordneten auch dann noch zustehen sollte, wenn sie — nach Meinung der Antragsteller — keine Abgeordneten mehr sind. Aber mit einem solchen Gesetz, das der Reichstag für sich im Mai beschlossen hat, kommt der Landtag zu spät. Inzwischen ist die Eisenbahn eine Privatgesellschaft geworden, die es natürlich ablehnen wird, 422 Privatpersonen Freifahrt einzuräumen. Also mit der Fahrkarte ist es nichts, wenn man sich sonst der Rechte der Abgeordneten begibt. In dieser Not sind die Antragsteller im Geschäftsordnungsausschuß auf den einzigen Ausweg verfallen, dem Landtag vorzuschlagen, daß er für den Fall der Reichstagsauflösung beschließt, **am Tage der Reichstagswahl auch die Neuwahlen für den Preußischen Landtag stattfinden zu lassen und daß der Landtag sich am Tage vor der Neuwahl auflöst, um dem neuen Landtag Platz zu machen.**

Nichtbestätigung kommunistischer Stadträte

(Eig. Drahtb.) **Erfurt, 14. Oktober.**

Die preußische Regierung hat der Wahl der Genossen Peyold und Ollrich zu Stadträten die Bestätigung versagt.

Auf Grund der ungesetzlichen Ebert-Verordnung wird lustig weiter verurteilt!

(Eig. Drahtm.) **Mannheim, 14. Oktober.**

Das Mannheimer Schöffengericht verhandelte gegen den Genossen Goth, Mannheim, wegen eines Vergehens gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. September 1923. Genosse Goth soll Anfang Dezember 1923 und bis Februar 1924 ein Zimmer seiner Wohnung an Mitglieder der verbotenen KPD. abvermietet haben. In diesem Zimmer soll angeblich die Kampfleitung Badens unter Führung eines gewissen Max Hausmann ihre Tätigkeit ausgeübt haben.

Der Genosse Goth, der schon seit vielen Monaten in Untersuchungshaft sitzt, wurde auf Grund dieses Tatbestandes zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten verurteilt.

Die deutsche Justiz ist skrupellos genug, selbst noch nachdem die Ebert-Verordnung von den verschiedensten Gerichten als ungesetzlich erklärt worden ist, weitere Schreckensurteile zu fällen!

Massenbetrieb der Thüringer Klassenjustiz

(Eig. Drahtm.) **Eisenach, 14. Oktober.**

Die Thüringer Klassenjustiz hat sämtlichen etwa 500 Teilnehmern des seinerzeit in Eisenach ausgehobenen Reichsarbeiterkongresses je einen Strafbefehl von 100 Mk. geschickt. Jeder Teilnehmer soll 100 Mk. zahlen, widrigenfalls er für je 2,50 Mk. einen Tag Haft absitzen soll. Außerdem soll jeder Teilnehmer 10 Mk. Gebühren zahlen.

Ein neues Schreckensurteil!

(Eig. Drahtm.) **Plauen, 13. Oktober.**

Vor dem Plauener Schöffengericht wurde heute gegen den Genossen Eichler verhandelt. Wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz hat der Staatsanwalt zehn Jahre Zuchthaus beantragt. Nach einem Plädoyer Dr. Löflers (Plauen) hat das Gericht folgendes Schandurteil gefällt. Ein Jahr neun Monate Zuchthaus, fünf Jahre Ehrverlust und dauernde Stellung unter Polizeiaufsicht. Ein halbes Jahr Untersuchungshaft wurde als verbüßt auf die Strafe angerechnet.

Rachejustiz

Bautzen, 13. Oktober.

Unter der Anklage des Landfriedensbruches standen vor dem Schöffengericht die Genossen Weidlich aus Crossen und Richter aus Kohlmühle. Beide hatten während des Augustkreiks 1923 die Sebnitzer Arbeiter aufgefordert, die Betriebe stillzulegen. Die Erregung der Arbeiterschaft richtete sich damals hauptsächlich gegen das faszistische „Grenzblatt“, dessen Verleger Pilschel nebst Sohn gezwungen wurden, eine rote Fahne auf den Markt zu tragen.

Obwohl daran unbeteiligt, erhielt doch als „Rädelsführer“ Weidlich ein Jahr sechs Monate Gefängnis und Richter drei Monate Gefängnis.

Mildes Urteil gegen faszistische Mörder

Breslau, 14. Oktober.

Vor 2½ Jahren wurde hier der Zigarrenkaufmann Hermann ermordet. Es handelte sich um einen politischen Mord. Hermann stand der Organisation Roßbach nahe. Erst vor kurzem gelang es der Kriminalpolizei, der Mörder habhaft zu werden. Das Breslauer Schwurgericht verurteilte gestern zwei von ihnen zu je sieben Jahren Zuchthaus, die beiden anderen zu je fünf Jahren und drei Monaten Zuchthaus. Außerdem erkannte es allen Angeklagten die Ehrenrechte auf drei Jahre ab.

•

Es gibt noch Richter in Deutschland. Auf Mord steht in Deutschland die Todesstrafe. Hier werden Mörder zu 5 bzw. 7 Jahren Zuchthaus verurteilt. Es sind ja auch Faszisten und der Mord ein Fememord der Roßbach-Organisation. Die Kriminalpolizei, die die vier Mörder verhaftete, wird sicher keine Fangprämie bekommen haben. Preisfrage: Welche Strafe würden wohl die Mörder bekommen haben, wenn sie Kommunisten wären und welche Strafe würde der Redakteur bekommen, der behaupten würde, daß dieses Urteil ein ganz gemeines Klassenurteil sei?

Die Stuttgarter Reaktion verhaftet weiter

(Eig. Drahtm.) **Stuttgart, 14. Oktober.**

In eine gestern in Reutlingen zusammengesetzte Unterbezirkskonferenz drang eine größere Anzahl von Kriminalbeamten mit vorgehaltenem Revolver ein und verhaftete acht Genossen, die an der Besprechung teilnahmen. Die Gründe für die Verhaftung konnten bis jetzt noch nicht festgestellt werden.

Korrigiertes Klassenurteil

(Eig. Drahtm.) **Weimar, 14. Oktober.**

Am 3. Juli wurden die beiden Jugendgenossen Hoffmann und Löffler vom Jenaer Schöffengericht zu je einem Jahr Gefängnis verurteilt, wegen Verbrechens gegen das berüchtigte Sprengstoffgesetz, dem gerade in der letzten Zeit Hunderte revolutionärer Arbeiter zum Opfer gefallen sind.

Die Genossin Löffler hatte gegen das Urteil, welches auf keinerlei Beweise gestützt war, und bloß nur der rein subjektiven Ueberzeugung des Klassengerichts entsprang, daß ein Kommunist nicht unschuldig sein könne, Berufung eingelegt. Und in der zweiten Verhandlung mußte selbst das stockreaktionäre Gericht der Weimarer Strafkammer — in die Enge getrieben durch die Argumente des Verteidigers der Angeklagten, des Herrn Dr. Stobel, Jena — anerkennen, daß das erste Urteil ein Fehlurteil gewesen war. Das Urteil des Schöffengerichts Jena wurde aufgehoben, die Angeklagte freigesprochen und die Kosten des Verfahrens der Staatskasse auferlegt.

Interessant an der Verhandlung war das Plädoyer des Staatsanwalts: Eigentlich sei das Gericht unpolitisch, durchaus unpolitisch, aber eigentlich sei es doch auch wieder politisch, d. h. man müsse in dieser Sache vor allem das „Milieu“ berücksichtigen, in dem die Tat stattgefunden habe. Und unumwunden erklärte er, daß das Gericht die Aufgabe habe, die Tendenzen und Bestrebungen der Kommunisten absolut zu bekämpfen.

Dieser Ansicht schloß sich auch der Vorsitzende bei der Verkündung des Urteils aus vollem Herzen an. Man sieht, die Herren von der „unabhängigen“ Rechtspflege fühlen sich voll und ganz als Vollzugsorgane des Herrn Jartes. Außerdem aber fühlte sich der Vorsitzende bemüßigt, zu erklären, daß die Freisprechung nicht etwa — nein, durchaus nicht — aus Furcht davor erfolgt sei, daß die Kommunisten dem Gericht Klassenjustiz vorwerfen würden (ei, ei, oder sollte doch . . .?) Nein, nichts dergleichen, nichts als reine, „objektive“ Gerechtigkeit usw.

Die Arbeiter werden sich durch solche Beteuerungen nicht beeinflussen lassen. 7000 politische Gefangene beweisen täglich von neuem die Schmach der deutschen Klassenjustiz. Heraus mit ihnen!

Der Prozeß gegen die Mörderorganisation „Consul“!

Nun soll er doch stattfinden! Am 22. Oktober und die folgenden Tage soll gegen die bekannte Mörderorganisation „Consul“ vor dem Staatsgerichtshof verhandelt werden. Die reaktionäre Presse läßt sich aus München mitteilen, daß der angeklagte Kapitänleutnant Hoffmann und der Kapitänleutnant Kautter zur Verhandlung erscheinen.

Es ist doch sehr bezeichnend, wenn gegen Kommunisten vor dem Staatsgerichtshof verhandelt wird, ist es selbstverständlich, daß die Angeklagten erscheinen. Faszisten hingegen müssen ausdrücklich bestätigen, daß sie sich dem Verfahren nicht entziehen. Es ist bezeichnend deswegen, weil die Mitglieder der Mordorganisation ganz entgegen der Praxis des Staatsgerichtshofes gegen Kommunisten auf freiem Fuß gelassen werden. Die Faszisten wissen ganz genau, daß ihnen der Staatsgerichtshof kein Haar krümmen wird. Das Republikschutzgesetz und der Staatsgerichtshof wüten nur mit aller Schärfe gegen Kommunisten.

Reaktionäre Mordtaten müssen verschleiert werden

(Eig. Ber.) **Berlin, 14. Oktober.**

Die militärischen und zivilen Justizbehörden haben bisher jeden Mord an revolutionären Arbeitern und Arbeiterführern vertuscht. Die unzähligen Fälle, die in der bekannten Broschüre Gumbels erwähnt werden, sind bis heute ungesühnt geblieben. Das Bürgertum hat alles Interesse daran, daß die in seinem Auftrage begangenen Morde unaufgeklärt bleiben. Das zeigt sich jetzt auch bei der bürgerlichen Mehrheit im Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtages, der sich mit der Nachprüfung der Gumbelbroschüre zu beschäftigen hat.

Nach der Verfassung muß der Untersuchungsausschuß alle Beweise erheben, die von der Mehrheit des Ausschusses oder von den Antragstellern auf Einberufung eines Untersuchungsausschusses für erforderlich erachtet werden. Bei den bisherigen Untersuchungen war diese Verfassungsbestimmung nicht beachtet worden, weil weder der Vorsitzende des Ausschusses (ein Jurist), noch die Antragsteller (die sozialdemokratische Fraktion) an diese Verfassungsbestimmungen gedacht hatten. Nachdem die SPD. auf ihr Minderheitsrecht aufmerksam gemacht worden ist, bemühten sich Justiz- und Innenministerium, in Verbindung mit der bürgerlichen Mehrheit des Ausschusses, dieses Recht überhaupt in Frage zu stellen. Unter den unglaublichsten Vorwänden, die sämtlich an den Haaren herbeigezogen wurden, bestritt die bürgerliche Mehrheit, daß nach Einsetzung des Untersuchungsausschusses die Antragsteller überhaupt noch Rechte in bezug auf die Beweisführung hätten. Der eine behauptete, mit Annahme des Antrags gäbe es überhaupt keine Antragsteller mehr. Der andere erklärte, in den Untersuchungsausschüssen sei eine Parteivertretung überhaupt nicht vorhanden. (Obgleich die Geschäftsordnung die Besetzung des Untersuchungsausschusses nach Parteifraktionen ausdrücklich vorsieht.) Ein Dritter meinte, alle Beweisanträge müßten gleich am ersten Tage zusammen mit der Einsetzung des Untersuchungsausschusses beantragt werden, d. h. also dann, wenn noch kein Mensch die Akten kennt. Ein Vierter verlangte, daß jeder Antrag von sämtlichen Mitgliedern der Fraktion der Antragsteller unterzeichnet sein müsse, da die Ausschußmitglieder einer Fraktion nicht das Recht der Vertretung ihrer Gesamtfraktion hätten usw. Die Vertreter der Ministerien, auch des Herrn Severing, suchten durch immer neue Verdrehungen der Verfassung und der Geschäftsordnung die Sache noch mehr zu komplizieren. Der politische Sinn der ganzen Einwände ist der, daß die Annahme von kommunistischen Beweisanträgen mit Hilfe der SPD. durch die Mehrheit des Ausschusses verhindert werden soll. Der Deutschnationale Kaufold drückte das in einem Zwischenruf klar aus: „Dann haben wir an dem ganzen Ausschuß kein Interesse. Weg mit ihm!“

Die Mehrheit beschloß, das in der Verfassung vorgesehene Recht der Antragsteller in der Praxis der Beweiserhebung zu beseitigen. Die Furcht, die Mörder und ihre Schützer durch verantwortliche Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuß zu entlarven, hat den Ausschuß zur offenen Verletzung der Verfassung und der Geschäftsordnung geführt. Der Ausschuß wird trotzdem seinen Beschluß aufheben müssen, wie er es in einem früheren Falle schon einmal hat tun müssen. Seine krampfhaften Bemühungen, die Beweiserhebungen zu beschränken, zeigt indessen, wie wenig es der Ausschußmehrheit an einer Klärung der Mordtaten liegt.

Vorstoß der Bürgerlichen im Rechtsausschuß

Zum Schutz der Klassenjustiz

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 14. Oktober.**

Die bürgerlichen Mitglieder des Rechtsausschusses des Reichstages haben Protest gegen den Genossen Katz als Vorsitzender des Rechtsausschusses eingelegt und verlangt, daß Genosse Katz von seinem Vorsitz entfernt wird, da er angeblich in einer Reichstagsrede die deutschen Minister beleidigt habe.

Die Sozialdemokraten, die erst Genosse Katz aufforderten, auf seinem Posten gegen den Willen der Bürgerlichen zu bleiben, forderten dann durch Hermann Müller, daß Katz auch lieber freiwillig sein Amt als Vorsitzender niederlegen solle. Genosse Katz wird das natürlich nicht tun. Die Provokation der Bürgerlichen und Sozialdemokraten wird er dadurch beantworten, daß er erst recht das Amt als Ausschußvorsitzender fortführt, bis durch die Beschlüsse des Programms in aller Oeffentlichkeit dieser neue Akt der Klassenjustiz festgestellt wird.

Reichstagsbeginn am 21. Oktober

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 14. Oktober.**

Der Aeltestenrat des Reichstags beschloß gestern dessen Einberufung für den 21. Oktober. Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme einer Regierungserklärung.

„Kommunistisches Waffenlager“

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 14. Oktober.**

Die bekannte Spitzelabteilung Ia des Polizeipräsidiums Berlin veröffentlicht eine Mitteilung, daß sie ein reichhaltiges Waffenlager entdeckt habe. Angeblich soll es sich um kommunistische Waffen handeln. Bei den „Entdeckungen“ der letzten Tage scheint es sich um eine planmäßige Kampagne gegen die Kommunistische Partei zu handeln. Wahrscheinlich soll damit ein neuer Vorstoß gegen die Kommunistische Partei vorbereitet werden.

Junker und Reichsbannerleute Arm in Arm gegen Landarbeiter

(Eig. Drahtm.) **Schwerin, 14. Oktober.**

Als 40 Schweriner Erwerbslose in Warsow bei Holthusen ankamen, um in der dortigen Kartoffelernte mitzuarbeiten, erfuhren sie, daß der dortige Gutsbesitzer fünf Landarbeiter mit ihren Familien und Wohnungseinrichtungen auf die Straße geschmissen hatte, weil sie sich am letzten Streik in Hagenow beteiligt hatten.

Zwei Mitglieder der Schweriner sozialdemokratischen Arbeiterjugend arbeiteten auf diesem Gute weiter, ohne sich um die Roheiten dieses Junkers zu kümmern.

Die Schweriner Erwerbslosen nahmen unter diesen Umständen die Arbeit zum größten Teil nicht auf. Sie verlangten die Wiedereinstellung dieser Landarbeiter. Angehörige des „Reichsbanners“ schlossen sich diesem Verlangen nicht an, sondern arbeiteten ruhig weiter.

Aus der Partei

Warnung vor einem Schwindler!

Ein Mann namens Heinrich Becker versucht unter der Angabe, politischer Flüchtling zu sein, die Genossen zu brandschatzen. Er ist ungefähr 1,60 Meter groß, hat dunkelblondes Haar, kleinen Schnurrbart, ist von schwächlicher Natur und ein wenig verwachsen. Er erzählt den Genossen, daß er im September d. J. in eine revolutionäre Exekutive gewählt worden sei. Wir warnen die Genossen vor diesem Schwindler.

Zentrale der KPD.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241014-14/fragment/page=0002

„Die aufgehende Dollarsonne"

(WTB.) Neuyork, 14. Oktober.

Der Vorsitzende der amerikanischen Tabakgesellschaft, Hill, erklärte, daß die Gesellschaft 10 Millionen der deutschen Anleihe gezeichnet habe. Hill gab der Meinung Ausdruck, daß die deutsche Anleihe ein gutes Geschäft für jede Gesellschaft sei, deren Geschäftslage es erlaube, Anteile zu erwerben und den Dawes-Plan zu unterstützen.

•

„Ein gutes Geschäft für jede Gesellschaft", sagt der Vorsitzende des amerikanischen Tabaktrusts. Das ist die aufgehende Dollarsonne, von der der „Vorwärts" schrieb; so sieht der Dawes-Plan aus, der den deutschen Arbeitern bessere Löhne und Arbeit bringen soll, wie das „Volksblatt" seinen Lesern vorerzählte. Einer kann nur gewinnen, entweder die Arbeiter oder die Kapitalisten. Den Dawes-Plan haben die Kapitalisten angenommen, sie führen ihn durch, insolgedessen gewinnen sie dabei. Oder gibt es noch Arbeiter, die glauben, daß bei einem Kampf alle beide gewinnen können? Wer behauptet, daß die deutschen Arbeiter durch den Dawes-Plan ihre Lebenslage verbessern können, ist entweder ein Trottel und Hohlkopf, der von wirtschaftlichen und politischen Dingen nichts versteht, oder ein bewußter Betrüger und Beliger der Arbeiterschaft.

Ein gutes Geschäft für die amerikanischen Kapitalisten. Die deutschen Arbeiter müssen es durch steigende Lebensmittelpreise und durch Arbeitslosigkeit bezahlen, während die aus- wie inländischen Kapitalisten daran sich mästen.

Der Imperialist Macdonald gegen den Völkerbund

(Eig. Drahtm.) Paris, 14. Oktober.

Sauerwein, der bekannte Interviewer des „Matin" hatte eine Unterredung mit Zaglul Pascha. Zaglul Pascha erklärte, daß Macdonald abgelehnt habe, Aegypten und den Sudan zu räumen. Macdonald erklärte, daß England niemals seine Ansprüche auf den Sudan aufgeben würde. Die Räumung Aegyptens und die Entfernung der am Suezkanal stationierten britischen Truppen sei unvereinbar mit der Sicherheit des englischen Reiches. Zaglul Pascha schlug darauf vor, den Schutz des Suezkanals dem Völkerbund zu übertragen. **Macdonald lehnte auch diesen Vorschlag als unvereinbar mit den britischen Interessen ab.** Selbst das Blatt der englischen Sozialdemokraten wundert sich darüber, daß Macdonald, der doch sonst ein so eifriger Verfechter des Völkerbundsgedankens ist, nicht den Schutz des Suezkanals dem Völkerbund übertragen will.

Am Schlusse seiner Unterredung erklärte Zaglul Pascha, daß Aegypten England nicht als Vormund der sudanesischen Bevölkerung anziehen kann. Der Sudan sei ein unlösbarer Bestandteil Aegyptens. Er würde alle diplomatischen (und Sauerwein fügt hinzu: wahrscheinlich auch noch andere Mittel) anwenden, um England zur Räumung Aegyptens und des Sudans zu veranlassen.

•

Macdonald wendet sich selbst gegen seine eigenen „Schöpfungen", wie den Völkerbund, wenn die brittische Vorherrschaft gefährdet erscheint.

Macdonald hofft auf liberale Hilfe

(Eig. Drahtm.) London, 14. Oktober.

Zwischen Macdonald und 14 liberalen Parlamentariern, die im Unterhaus bei der entscheidenen Abstimmung für Macdonald stimmten, wurde ein Abkommen geschlossen, daß gegen diese Abgeordneten keine Arbeitergegenkandidaten aufgestellt werden. Auch mit weiteren liberalen Führern führt Macdonald Verhandlungen, um den linken Flügel der Liberalen zur Arbeiterpartei herüberzubringen.

Im Kreise der Arbeiterpartei macht sich große Unzufriedenheit mit dem schwächlichen Wahlaufruf Macdonald bemerkbar. Man erklärt, daß dieser Wahlaufruf sich kaum von dem der Liberalen unterscheidet. Die konservative Presse bemerkt höhnisch zum Wahlaufruf, Macdonalds Selbstlob über seine außenpolitischen Erfolge sei dahin zu berichtigen, daß er das Verdienst hätte, an der Politik Baldwins festzuhalten.

Die neuen Mitglieder der Labour Party

„Daily Herald", das Blatt der britischen Labour Party, veröffentlicht erfreut, daß auf Grund der Erfolge der Labour-Regierung immer neue Mitglieder Aufnahme in die Labour Party suchen. Und es wirkt ein Schlaglicht auf die „Erfolge", wenn man die Namen dieser neuen Mitglieder erfährt. Einer dieser neuen Rekruten ist ein Mr. T. G. Adams, Mitinhaber der Schiffsreederei und Börsenmakler der Firma gleichen Namens. Dieser „Proletarier" hat an Walter Runciman einen Brief geschrieben, in dem er erklärt, daß er sich von der liberalen Partei zurückzieht, weil ihm die Führerschaft von Lloyd George nicht mehr paßt. Er schließt sich der Labour Party an, weil diese „mit dem englisch-russischen Vertrag ein so glänzendes Geschäft" gemacht hat. Er meint, die vorgeschlagene Anleihe von 30 Millionen Pfund an Rußland wäre doch nur eine Bagatelle, und er oder irgendein anderer könnte leicht ein halbes Dutzend Personen namhaft machen, die in der Lage wären, diese Summe mit Leichtigkeit aus ihrer Tasche zu zahlen. Aus diesem Grunde schließt er sich jetzt der Labour Party an.

Es ist kein Wunder, wenn die Labour Party sich so sträubt, Kommunisten in ihren Reihen zu sehen. Kommunisten wären auch keine angenehme Gesellschaft für Schiffsreeder und Börsenmakler.

Macdonald-Polizei gegen Kommunisten

(Eig. Drahtm.) London, 14. Oktober.

Am Sonntag fand eine kommunistische Kundgebung statt. Nach Beendigung der Versammlung kam es zu Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Polizei. Vier Genossen wurden verhaftet.

Verschärfung der englisch-türkischen Konflikte um Mossul

(Eig. Drahtm.) London, 14. Oktober.

Die türkische Antwort auf das englische Ultimatum wird als unbefriedigend bezeichnet. Als Antwort darauf werden englische Truppenverstärkungen nach der Irakfront entsandt und das Mittelmeergeschwader verstärkt. Englische Truppen zerstören türkische Dörfer im Mossulgebiet.

Vom Krieg in China

Schanghai in den Händen der Regierungstruppen

Schanghai, 13. Oktober.

Eine Telegraphenagentur meldet, daß die Armee von Tschekiang kapituliert hat. Der Oberbefehlshaber der Tschekiang-Armee, Gouverneur Lu Young Shiang soll auf einem Schiff nach Japan entflohen sein.

Damit ist Schanghai in die Hände der Regierungstruppen gefallen.

Blutige Straßenkämpfe in Hongkong

London, 13. Oktober.

„Times" berichtet aus Hongkong: Ein ernster Zusammenstoß fand am Freitagnachmittag zwischen einer Prozession von Sozialisten und freiwilligen Verbänden statt, die von regulären Truppen unterstützt wurden. Nach einem einstündigen Kampf wurden die Sozialisten zurückgeschlagen. Wie gemeldet wird, haben die Freiwilligen einen Toten und zwei Verwundete verloren, 20 Straßenpassanten wurden getötet, davon ertranken 10 in einem Fluß, welchen sie bei dem Versuche, zu entkommen, überschreiten mußten. Die Sozialisten verloren 30 Tote und mehrere Verwundete. In Kanton ist es augenblicklich ruhig.

Bezirksparteitag Berlin-Brandenburg

(Eig. Bericht.) Berlin, 13. Oktober.

Am Sonnabend und Sonntag tagte der Bezirksparteitag unserer Berlin-Brandenburger Parteiorganisation. Es war der erste nach der Illegalität, nach dem Frankfurter Parteitag, nach dem 5. Weltkongreß. Deshalb sahen die Parteiorganisationen des gesamten Reiches auf diesen Bezirksparteitag. Die Berliner Partei hatte starke antigewerkschaftliche Strömungen zu überwinden; die heute ziemlich überwunden sind, was in der Annahme der Resolution gegen nur eine Stimme zum Ausdruck kam. Die Schumacher und Weyer, die antigewerkschaftlichen Antibolschewisten, haben keine nennenswerte Anhängerschaft in den Reihen der Berliner Organisation mehr.

Genossin Ruth Fischer eröffnet den Bezirksparteitag und begrüßt die Delegierten der Bezirke Hamburg, Württemberg, Erzgebirge-Vogtland, Thüringen, Lausitz, Baden und Niederrhein. Den politisch-organisatorischen Bericht gibt Genosse Scholem, der die Geschichte der Berliner Parteiorganisation der letzten drei Jahre streifte und besonders die Verhältnisse und die Geschichte der Berliner Organisation des letzten Jahres behandelte. Im März-April war in der Gewerkschaftsfrage der Tiefstand mit dem haltlosen Herauslaufen unserer Genossen aus den Gewerkschaften erreicht. Die Bezirksleitung ging, gestützt auf das neue Kraftgefühl, das Frankfurt ihr und der Partei gab, energisch daran, diesen Erscheinungen entgegenzuwirken. Der 1. und der 4. Mai haben gezeigt, daß das Proletariat uns als die Arbeiterpartei ansieht. Gegen die Beteiligung an den Aufmärschen gegen die Faszisten in Halle und Fürstenwalde wurden einzelne Stimmen laut, es zeigte sich aber, daß durch die kräftige Gegenwehr unserer Partei die Faszistenaufmärsche bald aufhörten. Wir gehen anscheinend einer neuen Periode faszistischer Aufmärsche entgegen. Die Berliner Organisation hat die Aufgabe, sich darauf einzustellen. Die Berliner Organisation hat die Richtlinien auf die Umstellung auf Betriebszellen angenommen. Ein beachtlicher Erfolg ist damit erzielt worden, daß die gestellten Termine eingehalten werden konnten. Jetzt ist eine Belebung der Betriebsrätebewegung, eine verstärkte Amnestiekampagne notwendig. Anfang November findet die Werbewoche statt. Das Amnestieaufgebot muß für jeden unserer politischen Gefangenen zehn neue Kämpfer für die Revolution stellen.

In dem Bericht über die Gewerkschaftsfrage wurde festgestellt, daß die Berliner Organisation besondere Schwierigkeiten mit der Union der Hand- und Kopfarbeiter, Gruppe Metall, unter Weners Führung hat. Berlin will sich als Reichsleitung der Union konstituieren. Also neue Zersplitterung, das nennen diese Antibolschewisten „Einheitsorganisation".

Im kommunal-politischen Bericht wurde auf die längst auflösungsreife Berliner Stadtverordnetenversammlung hingewiesen.

Nachstehende Resolution zum Tätigkeitsbericht der Bezirksleitung wurde mit allen gegen eine Stimme angenommen:

Der Bezirksparteitag Berlin-Brandenburg stellt fest, daß durch die Beschlüsse des Frankfurter Parteitages die Partei ihre innere Zerrissenheit restlos überwunden hat und zu einem festen einheitlichen Kampfblock geworden ist.

Der dreijährige Kampf der Berliner Organisation um die Grundsätze des Kommunismus, um das unverrückbare Festhalten an den Lehren von Marx und Lenin ist nicht umsonst gewesen. Nur hierdurch war es möglich, daß die durch die Oktoberniederlage verursachte Krise überwunden und die Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Bolschewisierung der Partei zum Gemeingut der Gesamtpartei geworden ist.

Der Bezirksparteitag erklärt, daß er den Beschlüssen des 5. Weltkongresses der Komintern und des 3. Weltkongresses der RGI voll und ganz zustimmt, weil er in ihrer restlosen Durchführung und Auswertung die Voraussetzung für die Organisierung der proletarischen Revolution erblickt.

Die Berlin-Brandenburger Organisation weiß, daß sie als Führerin der ehemaligen Opposition und als Vorkämpferin der jetzt allgemein anerkannten politischen Linie durch ihre praktische Arbeit vorbildlich für die KPD. werden muß. Deshalb fordert der Bezirksparteitag alle Mitglieder und Funktionäre der Berlin-Brandenburger Organisation zur erneuten Mitarbeit auf, um die großen Ziele unserer Bewegung bald zu erreichen.

Der Bezirksparteitag billigt voll und ganz die Maßnahmen der Reichszentrale und Berliner Bezirksleitung, die sie politisch und organisatorisch zwecks Durchsetzung der Frankfurter und Weltkongreßbeschlüsse unternommen haben. Er erwartet von den leitenden Parteiörperschaften, daß sie an der in Frankfurt beschlossenen politischen Linie unbedingt festhalten und keinerlei Zugeständnisse an opportunistische oder antibolschewistische Elemente machen.

Durch konsequente Anwendung der Beschlüsse des Frankfurter Parteitages und des 5. Weltkongresses wird und muß es uns gelingen, eine wahrhaft bolschewistische Partei zu werden und dadurch die Voraussetzung für die Eroberung der politischen Macht durch das deutsche Proletariat zu schaffen.

(Angenommen mit allen gegen eine Stimme.)

Einheitsfront der deutschen und französischen Polizei

Gemeinsam gegen Kommunisten

(Eig. Drahtm.) Dortmund, 14. Oktober.

Nachdem die „Westfälische Arbeiter-Zeitung", das Organ der KPD. in Dortmund, nach dem letzten Verbot wieder zwei Tage erschienen war, ist sie jetzt abermals von der Besatzungsbehörde auf unbestimmte Zeit verboten worden. Ein Grund ist noch nicht angegeben. Heute morgen erschienen drei französische Kriminalbeamte auf dem Bureau der Zeitung, um festzustellen, ob nicht doch eine Zeitung herausgekommen war. Auf Befragen der Angestellten erklärten die Beamten, daß mit dem Abzug der Besatzung am 20. Oktober wohl auch das Verbot durch die Franzosen hinfällig würde, daß aber die deutsche Polizei sofort ein neues Verbot aussprechen würde. Als die französischen Kriminalbeamten eben das Bureau verlassen hatten, erschienen acht deutsche Kriminalbeamte und nahmen, ohne Befehl dazu zu haben, eine Haussuchung und Leibesvisitation der Anwesenden vor. Der Lokalredakteur der WAZ. wurde ohne Angabe von Gründen verhaftet.

Hungertyphus im besetzten Gebiet

(Eig. Drahtm.) Solingen, 14. Oktober.

Die Fälle von Typhuserkrankungen nehmen von Tag zu Tag zu. Bisher gaben die Behörden bereits 35 amtlich bekanntgewordene Fälle zu. In drei Fällen ist bereits der Tod eingetreten. Die amtlichen Stellen versuchen, die Oeffentlichkeit zu beruhigen, indem sie die Erkrankungen auf den Genuß von verseuchter Milch und Speiseeis zurückführen. Da die Krankheit besonders kraß in Straßen auftritt, die sich durch besonders erbärmliche Wohnungsverhältnisse auszeichnen und fast ausschließlich in Proletarierfamilien, ist klar, woher der Typhus stammt: aus der Unterernährung, der Massenerwerbslosigkeit und den menschenunwürdigen Wohnungsverhältnissen. Die Seuche greift weiter um sich. In einer Schule sind bereits sechs Kinder erkrankt. Die übrigen Schulen, besonders die Volksschulen, befinden sich in großer Gefahr.

Tagung der kommunistischen Abgeordneten

Berlin, 14. Oktober.

Gestern Nachmittag traten sämtliche parlamentarischen Vertreter der Kommunistischen Partei Deutschlands aus dem Reichstag, den verschiedenen Landesparlamenten und den Kommunalvertretungen der dreißig größten deutschen Städte im Reichstagsgebäude zu einer Konferenz zusammen, die sich mit der politischen Lage, den Aufgaben der Arbeiterklasse und mit der Regierungskrise beschäftigte. Es wurde beschlossen, durch die Reichstagsfraktion ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung Marx-Stresemann eindringen zu lassen.

Spitzelskandal im Essener Rathaus

Bei der Stadtverordnetenverwaltung Essen ging ein Schreiben ein, in welchem der Verdacht ausgesprochen wurde, daß der Bureauinspektor und Buchhalter Neuhaus bei der Stadtkasse Essen städtische Gelder unterschlagen habe, weil er durch Autofahrten und Weingelage so hohe Ausgaben mache, die er unmöglich von seinem Diensteinkommen bestreiten könne. Dieser Neuhaus war Buchhalter bei der Stadtkasse und hatte das Recht, Zahlungsanweisungen selbst auszuschreiben, sie zu verbuchen und auszuzahlen; erst nachträglich mußte er die Genehmigung des Dezernenten einholen. Man stellte fest, daß für über 120 000 Goldmark Ausgaben keine Belege vorhanden sind. Trotzdem erklärte der Bürgermeister, daß eine Unterschlagung nicht vorliege. Neuhaus war gleichzeitig die rechte Hand des Polizeidezernenten und hatte die Aufgabe, die Erwerbslosenbewegung zu kaspitzeln. Zu diesem Zwecke waren ihm zwei ehemalige Erwerbslose beigegeben, welche in alle Erwerbslosenversammlungen gingen und Bericht erstatteten.

Der Skandal ist der Essener Verwaltung sehr unangenehm. Der Fachmann für Erwerbslosenbespitzelung gleichzeitig Kassierer, der ungeheure Gelder unterschlägt.

Neuhaus wurde vom Bürgermeister auf acht Tage vom Dienst entbunden. Er flüchtete mit seinen Gehilfen nach Elberfeld. Jetzt kommt das tollste des Skandals. Dieser eigenartige Buchhalter und Oberspitzel, der in dringendstem Verdacht der Unterschlagung großer Summen öffentlicher Gelder steht, der seiner dienstlichen Vorladung nicht folgt, sondern nach Elberfeld flüchtet, wird nicht etwa verhaftet, sondern die Stadtverwaltung schickt ihm noch am 1. Oktober sein Gehalt nach Elberfeld.

Die Arbeiter Essens wissen jetzt, warum die Stadtverwaltung und die bürgerliche Mehrheit den Kommunisten im Stadtparlament durch Geschäftsordnungsknebel den Mund stopfen möchte. Die Oeffentlichkeit soll nicht hineinsehen in den Rathaussumpf, die Bevölkerung soll nichts von den Dingen erfahren, die meilenweit nach Korruption stinken.

Iwan Katz „auf Reisen"

Tatsächliches Begebnis: Genosse Katz fährt auf einer Reichstagsfahrtkarte nach Südhannover, um eine Versammlung abzuhalten. Unterwegs wird er von einem Deutschvölkischen erkannt.

Erste Phase völkischer Berichterstattung:

Der kommunistische Jude Katz fährt 1. Klasse in ein Luxusbad, wo er sich als „notleidender Proletarier" für seine Ruhmestaten im Reichstag erholen will. (Verschiedene völkische Blätter.)

Zweite Phase völkischer Berichterstattung:

Der jüdische Kommunistenhäuptling Iwan Katz hat soeben mit seiner Frau eine Erholungsreise nach dem schönen Spanien angetreten. In seiner Abwesenheit bewacht eine kommunistische Leibgarde von zehn Genossen die prächtig eingerichtete Wohnung des Katz, sowie sein reiches Silberzeug. (Deutscher Vorwärts.)

Dritte Phase völkischer Berichterstattung:

Katz, Iwan, genannt der Schreckliche, Mitglied der kommunistischen Reichstagsfraktion. Nach dem Urteil seiner eigenen Genossen leider etwas geistesschwach, daher nur für körperliche Arbeit im Parlament zu verwenden. Inszenierte dort mit Erfolg „Katz"-Balgereien. Jetzt ist dieser Proletarierführer zu Schiff nach Palästina, Luxuskabine 1, Preis 1750 Mark. Hoffentlich behalten sie ihn da. („Fridericus.")

Die vierte Phase der völkischen Berichterstattung wird selbstverständlich die vorausgegangenen zu übertrumpfen suchen. Vermutlich wird sie so lauten:

Der größenwahnsinnige Kommunistenhäuptling Iwan Katz hat durch seine eigene kommunistische Leibgarde in Hannover die Villa Hindenburgs mit sämtlichem Inventar für sich beschlagnahmen lassen und die Stadtverwaltung Hannovers gezwungen, das für Leinert ausgeworfene Ruhegeld von 22 000 Mark an Katz zu zahlen. Daraufhin hat dieser bolschewistische Jude mit seiner Frau und Gefolge eine Vergnügungsfahrt im Zeppelinkreuzer nach Amerika unternommen.

Vorrücken der Wahabiten auf Mekka

London, 13. Oktober.

Nach einer Reuter-Meldung aus Kairo haben die Wahabiten es abgelehnt, in Unterhandlungen einzutreten und beabsichtigen, auf Mekka vorzurücken. König Ali hat sich mit seiner Regierung nach Bahri begeben.

Endgültiges schwedisches Wahlergebnis. Das endgültige Wahlergebnis der schwedischen Parlamentswahlen steht jetzt fest: **Die Kommunisten erhielten 65 000 Stimmen, 4 Mandate,** die von der KP. sich abgesplitterte Höglund-Partei 24 000 Stimmen 1 Mandat, die Sozialdemokraten 729 000 Stimmen 104 Mandate, die Linksliberalen 232 000 Stimmen, 27 Mandate, die Agrarpartei 190 000 Stimmen, 28 Mandate, die Konservativen 460 000 Stimmen, 65 Mandate. — Branting hat namens der Sozialdemokraten erklärt, daß er bereit sei, zusammen mit den Liberalen ein Koalitions-Kabinett zu bilden. Charakteristisch für das Wahlergebnis ist der Stimmenverlust der Mitte und die Abspringung der Zahlen nach rechts und links.

Anatole France gestorben!

In der Nacht vom Sonntag zum Montag ist der große französische Schriftsteller Anatole France gestorben. Anatole France, der eine große Reihe bedeutender Romane schrieb, die alle Streitschriften gegen Reaktion, Duckmäusertum, bornierte Kirchengläubigkeit, brutalem Krämergeist sind, stand vor dem Kriege bereits der sozialistischen Bewegung nahe und Schulter an Schulter mit Jean Jaurès. Nach dem Kriege schloß er sich der Clarte-Gruppe unter Henry Barbusse an. Später trat er der Kommunistischen Partei bei.

Wir werden morgen eingehender über dieses reiche und reife Dichterleben berichten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241014-14/fragment/page=0003

Neues vom Tage

Ein Drittel des Seewegs zurückgelegt

(Direkter Funkspruch von Bord des Z. R. III.)

„An Bord des Z. R. III. Soeben 12 Uhr mittags passieren die Azoren. Wetter gut und klar. An Bord alles in bester Ordnung. Alle hoffnungsvoller Stimmung. Ein Drittel des Seewegs ist zurückgelegt. Hoffen auf weitere schnelle Fahrt. Dr. Eckener."

Nach einer funkentelegraphischen Meldung, die aus Pavol in Friedrichshafen eingegangen ist, hat Z. R. III bereits in der zweiten Nachmittagsstunde den 25. Grad überflogen und befand sich um 3 Uhr etwa 200 Kilometer westlich der Insel Flores, der westlichsten Insel der Azorengruppe.

Der Kongreß der Feinschmecker. Die bürgerliche Presse berichtet: In Straßburg wurde dieser Tage der Kongreß der Gastronomischen Gesellschaft abgehalten, in der sich die Feinschmecker zusammengeschlossen haben. Die Vereinigung verfolgt das lobenswerte Ziel, die kulinarischen Traditionen, die in den einzelnen Gegenden Frankreichs lebendig sind, zu pflegen und in einer Zeit, die alle Erscheinungen vereinheitlichen möchte, zu erhalten. Diese merkwürdige Tagung, die unter dem Vorsitz eines Grafen von Croze stattfindet, erfreut sich sogar ministeriellen Wohlwollens. — Soweit die bürgerliche Presse. Es ist bezeichnend, daß die vollgefressenen Bourgeois nichts anderes zu tun haben, als auf einem Feinschmeckerkongreß zusammenzukommen, um dort zu beraten, was dem verwöhnten Bürgerrachen anvertraut werden kann. Die Arbeiterschaft muß dafür sorgen, daß die auf dem „Feinschmeckerkongreß" gefaßten Beschlüsse an dem Willen des Proletariats scheitern. „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen!"

Ein österreichischer Landdirektor verhaftet. Nach einer Meldung aus Wien wurde der Generaldirektor der Nordisch-Oesterreichischen Bank, Waldegg, wegen Verdachtes des Betruges ins Landgericht eingeliefert. — Ja, es kommt viel selbst „in den besten Familien" vor!

Noch immer Minengefahr im Finnischen Meerbusen. Nachdem kürzlich ein norwegischer Dampfer einer Mine im Finnischen Meerbusen zum Opfer gefallen ist, wird jetzt der Verlust des lettländischen Seglers „Andreas" gemeldet, dessen Wrackteile an die Küste gespült worden sind. Die Zersplitterungen des Schiffes lassen auf eine Minenkatastrophe schließen. — Auch Opfer des imperialistischen Krieges.

Arbeiter-Sport

Sportverein Kriebitzsch. Am Sonntag weilte die 1. Mannschaft in Dürrenberg und konnte mit knapper Not einen 1:0-Sieg über Dürrenberg gewinnen. Die 2. Mannschaft schlug MSC. 2. mit 10:2.

Sportverein Wörmlitz 1. gegen Fichte 1. 1:0 (1:0). Beide Mannschaften lieferten nur ein mäßiges Spiel, es wurde viel Mittelfeldspiel gezeigt, im Sturm selbst fehlte es am Torschuß. Die zweite Elf des Sportvereins siegte ebenfalls über die gleiche von Fichte mit 1:0.

Dieskau. Am Sonnabend veranstaltete der Arbeiter-Turn- und Sportverein einen Werbeabend, welcher seinen Zweck voll erfüllte und zum Teil sogar alle Erwartungen übertraf. Dank nochmals den auswärtigen Genossen für die Mitwirkung. Eine Sammlung ergab 5 Mark für die Rote Hilfe und 5 Mark für die IAH.

Sportvereinigung Rüßlitz vorwärts, Bruckdorf gegen SVG. Wotha 1. 1:1. Nachdem Bruckdorf durch reichlich viel Pech verschiedene Spiele verloren hatte, wurde gestern eine Umstellung vorgenommen, welche sich bis auf ein paar schwache Punkte sehr gut bewährte. Ein jeder war gespannt, wie Bruckdorf gegen den bisher ungeschlagenen Spitzenreiter der 2. Gruppe abschneiden würde. Bruckdorf, gegen die Sonne spielend, hält das Spiel dauernd offen. Einige gefährliche Durchbrüche klärt die in Höchstform befindliche Verteidigung sicher. Halbzeit 0:0. Nach Wiederanstoß drückt Bruckdorf und kann auch einen Treffer anbringen. Das Spiel nimmt nun an Schnelligkeit immer mehr zu. Doch ist die Bruckdorfer Hintermannschaft auf der Hut, bis daß der linke Läufer durch ein Selbsttor den Ausgleich herstellt. Beide Mannschaften suchen nun mit neuem Mut den Sieg an sich zu reißen. Die gegenseitigen Torbesuche werden jedoch durch die Hintermannschaften sicher geklärt. Hervorzuheben ist bei Bruckdorf vor allem die Verteidigung, bei Trotha gefiel das Innentrio sowie auch die Hintermannschaft. Der Schiedsrichter (Zörbig) war einwandfrei. — Bruckdorf 2 gegen Trotha 2. 0:2. Trotha entschied durch besseres Zusammenspiel das Spiel für sich. **Achtung, Mitglieder von Rüßlitz vorwärts, Dienstag, den 14. Oktober, abends 8 Uhr, außerordentliche Versammlung. Jeder muß erscheinen.**

Arbeiter-Schachklub Zeitz. Ab 1. November findet unser Vereinsturnier verbunden mit Klubmeisterturnier für 1925 statt. Endtermin ist der 1. Mai 1925. Alle Schachgenossen, welche gewillt sind, sich hieran zu beteiligen, melden sich zwecks Eintragung bis 1. November bei der Spielleitung, daselbst können auch die näheren Spielvorschriften eingesehen werden. Das Spiellokal befindet sich ab 11. Oktober im Restaurant Müller, August-Bebel-Straße.

DAS WORT

Aus dem Inhalt der Nr. 119: Imperialismus. Gas und Mikroben / Waffen im künftigen Krieg. Bilanz des Personalabbaues. Die Polizei hat Sorgen. Gibt es Marsianäle? Rektor Simon, M. d. L., und der Klippschüler. Trennung von Staat und Kirche. Der Kampf um das Bauhaus. Wo ist ein so herrlich Volk...? Von K. A. Wittfogel. Wie der Zeppelin über den Ozean steuert. Kritik der Künste. Notizen. Was Du darfst. Feuilleton: Die Bergwerke zu Falun.

Stadt-Theater
Mittwoch, 7½ Uhr
„Ein Sommernachtstraum"
Donnerstag, 7½ Uhr
„Die Geliebte"
Mit den Damen Düller, Miersch, Seßing. 3022
Den Herren Henel, Hendrich, Halter, Liedmann

Aktentaschen
in Leder, billigst nur Schmeerstr. 19, Lederwaren-Spezial-Geschäft

Kleine Anzeigen haben bei uns den besten Erfolg!

Lichtspiel-Theater Wittenberg
Dienstag, Mittwoch, Donnerstag:
Lustspiel-Abende
Fatty als ländlicher Held
Grotesk in 3 Akten mit Fatty
Pat und Patachon als Photographen
Palladium-Lustspiel in 6 Akten
Dies große Lustspiel-Programm kann wegen Terminmangels nur drei Tage gezeigt werden 292

Arbeitsamt Eisleben
Petritraße 9. 247 Tel. 131.
Gewerbliche Abteilung. a) Arbeitsuchende: Chauffeure, Bäcker, Fleischer, Bauarbeiter, Schmiede, Schlosser, Elektriker, Tischler, Böttcher, Dreher, Berghäuer, Platzarbeiter, Tagelöhner und Obstbaumarbeiter, Landburschen, Handlungsgehilfen, Bureaugehilfen, Medizinalbrosiken, Chemiker, Schnitzer, Buchdrucker. **b) Offene Stellen: — Abteil. Landwirtschaft: a) Arbeitsuchende:** Flurbüter, Gespannführer, Erb-Burschen, Gutshandwerker, Schafscherer, Aufseher. **b) Offene Stellen:** Frauen u. Mädchen zur Kartoffelernte sofort, ledige Schweizer. **Weibliche Abteilung a) Arbeitsuchende:** Aufwartungen, Dienstmädchen, Kinderpflegerinnen, Kontorpersonal, Lehrfräulein für Geschäft, Scholarinnen, Gehilfin f. Damenschneiderei, Wirtschaftsfräulein, 25 J. tüchtig und erfahren im Haushalt. **b) Offene Stellen:** Aufwartungen, Dienstmädchen, Hausmädchen für Güter, Hausmädchen f. Hotel i. H., Stallmädchen.

Immer frisch. Überall erhältlich.
Preis pro ½ Pfd. nur 50 Pfennig.
Rahma
MARGARINE
buttergleich
Letzte höchste Errungenschaft.
Vollständige Umwälzung der Margarinefabrikation.
Die beste Sparhilfe im Haushalt.
Von feinster Molkereibutter nicht zu unterscheiden.
Man verlange beim Einkauf von „Rahma buttergleich" gratis die Kinderzeitung „Der kleine Coco"
739

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Garten u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473 — Postscheckkonto Leipzig 107 001
Amtr. Sämtl. Bezirks-Sekretär. Geöffnet: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Ortsgruppe Halle

HBBU. Heute abend ½8 Uhr wichtige Besprechung im Vereinszimmer.

Distrikt 21. Mittwoch abends 8 Uhr, bei Rauschenbach: **Distriktsversammlung.** Das Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

Funktionärsitzungen der Distrikte 9, 5a in „Lockts Hof"; Distrikt 8 im „Südpol"; Distrikt 10 im „Freiland", am Sonnabend, dem 18. Oktober, abends 8 Uhr. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Kartelldelegierte, kommunistische. Am Dienstag, dem 14. Oktober, abends 8 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft", äußerst wichtige Sitzung. Jeder kommunistische Kartelldelegierte, ganz gleich, ob sich seine Gewerkschaft dem Kartell wieder angeschlossen hat oder nicht, hat unbedingt zu erscheinen. Parteibuch ist vorzulegen.

Saalkreis

Ammendorf. Große Funktionärsitzung am Mittwoch, dem 15. Oktober, abends 8 Uhr, im Gasthof Radewell.

Bruckdorf, Canena, Dieskau, Kleinkugel. Distriktsversammlung am Freitag, dem 17. Oktober, abends 7 Uhr, im Lokal Groß in Bruckdorf.

Kreis Weißenfels

Weißenfels. Versammlung am Mittwoch, dem 15. Oktober, abends 8 Uhr, im „Goldenen Löwen".

Kreis Zeitz

Aue, Nausdorf, Zangenberg. Mitgliederversammlung am Sonnabend, dem 18. Oktober, abends 8 Uhr, im „Deutschen Haus".

Kreis Naumburg

Bad Kösen. Vorstandssitzung am Dienstag, dem 14. Oktober, abends 8 Uhr.
Freyburg. Vorstandssitzung am Mittwoch, dem 15. Oktober, abends 8 Uhr.
Nebra. Vorstandssitzung am Donnerstag dem 16. Oktober, abends 8 Uhr.
Naumburg. Vorstandssitzung am Freitag, dem 17. Oktober, abends 8 Uhr.
Roßleben. Vorstandssitzung am Sonnabend, dem 18. Oktober, abends 8 Uhr.
Kloster-Höhnstedt. Mitgliederversammlung am Sonnabend, dem 18. Oktober, abends 8 Uhr, im Parteilokal.

Versammlungen des „Roten Frontkämpfer-Bund"

Halle-Saalkreis

Ammendorf. Mittwoch, abends 8 Uhr: **Wichtige Mitgliederversammlung.** Alles erscheinen.
Gröbzig. Donnerstag, 16. Oktober, abends 8 Uhr: **Oeffentliche Versammlung.**
Teicha. Donnerstag, 16. Oktober, abends 8 Uhr, im „Roten Haus": **Mitgliederversammlung.** Ausgabe der Mitgliedskarten.
Dölnitz. Mittwoch, 15. Oktober, abends 7½ Uhr, „Palmbaum": **Funktionärsitzung.** — Sonnabend, 18. Okt., abends 7½ Uhr, „Palmbaum": **Mitgliederversammlung.**

Kreisvorstand RFB.

Geschäftseröffnung!
Am Mittwoch, dem 15. Oktober, eröffnen wir im Grundstück Glauchaer Straße 67 ein
Obst- und Südfrucht-Spezial-Geschäft
Es soll unser eifrigstes Bestreben sein, unsere werte Kundschaft nur mit reeller Ware und billigsten Tagespreisen zu bedienen. 3023
Hochachtungsvoll
Richard Frosch und Frau
Zugleich offerieren an Private u. Wiederverkäufer **pa. Winteräpfel** zum Einlagern zu Engrospreisen. Bestellungen im Laden und Privatwohnung Glauchaer Straße 28

Sternwolle 1.5 **95** Pfg.
Lipper, *7740
Gr. Steinstr. 35
Magdeburg Str. 25 am Waihalla

Teilzahlung kleine Raten
Aluminium-Ware billige Kochtöpfe und Essenträger. Geschenkartikel, Schokolade u. Keks
Schiele, Kapellengasse 3 5306
Postkarte genügt, auch nach außerhalb

Zeitungsträger
für Groß-Crostitz (Kr. Delitzsch) für sofort gesucht. Zu melden bei Emil Siegmann.

Gut. Schlaf ist d. beste Gesundheitsmittel. Groß u. Klein, m. od. ohne Zubehör Stahlmatratzen an Private. Neueste Bedingg. Kat. 321 frei. Eilen möbelfabrik Suhl (Thür.) 737

Werbt für d. Klassenkampf

Die Beste im Staat
Ist „Lamata-Privat"
4-Pf.-Zigarette aus den würzigsten und reinsten Tabaken der Türkei, vornehme 25-Stück-Packung, Gewicht 1500 Gramm
In allen Spezial-Geschäften erhältlich!
Tabak- u. Zigarettenfabrik „Lamata", A. Malzmann & Co., GmbH.
Dresden-N. 15 3011
Generalvertreter: Max Reichardt, Halle a. S., Seebener Str. 10. Tel. 3282.

Weißenfels
Betten modernster Ausführung
Schlafzimmer — Küchen
∴ sowie alle Einzelmöbel ∴
liefern konkurrenzlos und billig 1041
zu erleichterten Zahlungsbedingungen
Pechmann & Geiling, Tischler
Werkstatt: Pfeffermühle 3

Weißenfels 100
Am Saalestrand
Heute
Schlachtefest
Emil Zaug.

Alle Bücher
können durch unsere Buchhandlungen bezogen werden.

Zeitungsträger
für Holleben sofort gesucht. Zu melden im Verlag Klassenkampf.

Ansichtskarten empfiehlt die Volksbuchhandlg.

Zeitungsträger
für Rößlitz sofort gesucht. Zu melden bei Otto Fritzsche.

Sie müssen doch
mit den Massen der Konsumenten in steter Verbindung sein, wenn Sie einen schnellen und hohen Umsatz erzielen wollen. Die große Masse der Käufer rekrutiert sich aus der Arbeiterschaft, den Angestellten und Beamten. Die kommunistische Presse ist in diesen Kreisen die Führende. Benutzen Sie diese Gelegenheit zum
Inserieren!

Die Parole unserer Leser: Alle Einkäufe tätigen wir bei unseren Inserenten!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241014-14/fragment/page=0004

Die Kommunisten sind wieder da!

Sie bringen Leben in das entscheidungsunfähige Bürgerparlament — Entscheidendes Eingreifen bei allen Vorlagen — Durch ihre Stimmen wird Eigenbewirtschaftung des Stadtgutes Gimritz entgegen der Magistratsvorlage beschlossen — Die Sozialdemokraten gegen die Forderungen der Kriegsbeschädigten mit dem Bürgerblock

Gestern waren die Vertreter der hallischen revolutionären Arbeiterschaft wieder zum ersten Male in der Stadtverordnetensitzung. Eine dem „demokratischen Prinzip" entsprechende Maulkorbgeschäftsordnung, diktatorisch bis zur letzten Konsequenz von dem deutschnationalen Stadtverordnetenvorsteher Busse angewandt, hatte die kommunistischen Stadtverordneten mit Mitteln des Terrors daran gehindert, die Interessen der hallischen Arbeiterschaft im Stadtparlament zu verfechten. In den kommunisten„reinen" Sitzungen des Stadtparlaments hatte man Gelegenheit gehabt, alle Anträge und Vorschläge in rasendem Tempo durchzupeitschen. Mit diesem, in geradezu affenartiger Geschwindigkeit durchgeführtem Durchackern der Tagesordnung hat es nun ein Ende. Die Kommunisten sind wieder da. Jetzt decken sie wieder mit scharfer Argumentation alle Niederträchtigkeit und Heuchelei der Vorschläge des nationalen „Ordnungsblocks" und der Sozialdemokratie auf. Unangenehm wirkt es auf die Herren Stadtväter. Aber nach wie vor vertreten die kommunistischen Stadtverordneten energisch, ohne Rücksicht auf das Gekeife des Blocks der Bürger und der Sozialdemokraten, die Interessen des hallischen Proletariats. Kein Teufel und kein Mann, keine Maulkorbgeschäftsordnung und kein Runge-Schupo-Terror kann und wird die Kommunisten daran hindern.

„Die Kommunisten sind wieder da!"

Dieser Schreckensruf ließ die bürgerlichen und sozialdemokratischen Roßtäuscher gestern nicht zur Ruhe kommen. Sie können nicht mehr „unter sich" das Proletariat von Halle verkaufen und verschachern. Mit offenen Augen verfolgt die kommunistische Stadtverordnetenfraktion alle Täuschungsversuche der übrigen Patres der Stadt. Mit geißelnden Worten nagelt die kommunistische Fraktion im Stadtparlament alle Betrugsmanöver der Herren Busse-Finger-Dürrfeld fest. Man ist nicht mehr unter sich allein.

„Die Kommunisten sind wieder da!"

Dieser Schreckensruf ließ den bürgerlichen und sozialdemokratischen Stadtverordneten das Herz in die Hosen rutschen.

„Die Kommunisten sind wieder da!"

Dieser Ruf beherrschte gestern das Stadtparlament von Halle. Dieser Ruf machte die bürgerlichen und sozialdemokratischen Vertreter der hallischen Arbeiterschaft erschrecken.

„Die Kommunisten sind wieder da!"

Das bedeutet gründliche Behandlung aller Fragen, wobei das Interesse der Arbeiterschaft den Bürgerlichen und Sozialdemokraten immer wieder in die Ohren geschrien wird. Das bedeutet Panik bei den Herren vom Bürgerblock, trotz aller Versuche, diese Tatsache mit dem deckenden Mantel scheinbarer Gleichmut auf der Seite des Bürgertums und seiner Lakaien zu verschleiern. **Ja, die Kommunisten decken Eure schamlose Diktatur über die Arbeiterklasse auf,** Ihr Herren!

Das bewies die gestrige Sitzung der Stadtverordneten, in der zu allen Punkten die kommunistischen Abgeordneten ihre Stellungnahme, die Stellungnahme der Arbeiterschaft klar zum Ausdruck brachten.

•

Sitzungsbericht

Nach Einführung zweier neuer Abgeordneter von „Ordnungsblock", Ritter und Halbig, wurde eine Erklärung der KPD.-Fraktion zur Kenntnis aller Stadtverordneten gebracht, die besagt, warum sich die Kommunisten verpflichtet fühlen, wieder im Stadtparlament zu erscheinen.

Sodann wurde eine Reihe von Anträgen der Steinsetzerzwangsinnung, der Gastwirte und des Verbandes der Haus- und Grundbesitzer, die natürlich alle auf eine vermehrte Auswucherung der Arbeiter, der Mieter hinzielten, zur Verlesung gebracht. **Der Rote Frontkämpfer-Bund hatte einen Antrag gestellt, ihm aus Anlaß seiner am 2. November 1924 in Halle stattfindenden Bannerweihe, an der etwa 40 000 Arbeiter teilnehmen, a) zum Zwecke einer Massenspeisung die Feldküchen der Stadt, b) Quartiere für die auswärtigen Teilnehmer zu überweisen.**

Alle angeführten Anträge wurden den zuständigen Stellen im Magistrat überwiesen.

Weiterhin wurden einige Dringlichkeitsanträge gestellt, deren Dringlichkeit indes nicht anerkannt wurde.

Darauf trat man in die Debatte über Aenderungen der Tagesordnung ein. Neben der Umstellung einiger Tagesordnungspunkte, die angenommen wurde, beantragte Genosse Günther, den letzten (21.) Punkt der Tagesordnung an erster Stelle zu behandeln. Der Punkt betrifft die **Vorgänge vom 11. Mai in Halle.**

Ganz systematisch und bewußt hat die bürgerlich-sozialdemokratische Mehrheit bereits viele Wochen lang die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes sabotiert.

Allerdings werden die bürgerlichen Stadtväter einige unangenehme Wahrheiten zu hören bekommen. So hat man den Punkt denn auch gestern, trotzdem er schon lange zur Behandlung steht, als letzten auf die Tagesordnung gesetzt, so daß seine Behandlung mit Bestimmtheit wieder zu erwarten war. So geschah es denn auch, nachdem der Antrag unserer Genossen, ihn als ersten Tagesordnungspunkt zu behandeln, abgelehnt worden war.

Zum 1. und 2. Punkt der Tagesordnung sollte eine Ersatzwahl für Deputationen und Ausschüsse vorgenommen werden. Die kommunistische Fraktion stimmte dagegen mit der Begründung, daß alle jetzt gewählten Deputationen und Ausschüsse ungesetzlich seien, weil Kommunisten von ihnen ausgeschlossen sind. Die kommunistische Fraktion fordert, daß alle diese Wahlen für null und nichtig zu erklären sind. Die Ersatzwahl wird darauf unter Protest der kommunistischen Fraktion vorgenommen.

Auch gegen den 3. Punkt, die Ersatzwahl zur Wohnungszuweisungskommission, wird von seiten unserer Stadtverordnetenfraktion protestiert.

Stadtverordneter Gen. Illgenstein fragt den Volksparteiler Finger, ob er nicht selbst zugeben müsse, daß die Wahlen für die Deputationen und Ausschüsse, wie sie von den jetzigen Bürgerblockmehrheit vorgenommen worden war, ungesetzlich sei. Er wies darauf hin, daß Finger bei einer Abstimmung sitzengeblieben sei, weil er sich als Jurist genau bewußt war, daß die kommunistische Fraktion hier recht hatte. Finger blieb hierauf die Antwort schuldig. Trotzdem aber stimmte er nicht mit ab und bewies so erneut die ungesetzmäßige Entscheidung, die der Rechts- und Verfassungsausschuß in dieser Frage gestellt hatte. Es war deshalb vollkommen berechtigt, als bei der Abstimmung über den zweiten Punkt unsere Genossen dem bürgerlichen Ordnungsblock höhnisch zuriefen: **„Und diese Herrschaften werfen uns Diktatur vor."**

Stadtverordneter Genosse Hopf protestiert dagegen, daß bei den Wahlen zur Wohnungszuweisungskommission der Mieterverband, der in Halle 5000 Mitglieder hat, unberücksichtigt geblieben ist, während der Mieterverein, der durch die Eigenbrötelei von ein paar Leuten entstanden ist und nur 200 Mitglieder zählt, Vertreter erhalten hat.

Zum 4. Punkt der Tagesordnung, Bewirtschaftung des Stadtgutes Gimritz, war eine Magistratsvorlage eingebracht worden, die das Gut an den früheren Pächter Görg nicht weiter verpachten, es aber in einzelne Stücke zerschlagen will, die zum Teil weitergegeben werden sollen, und von dem die Stadt nur eins zur Bewirtschaftung erhält. Der deutschnationale Professor Steindrück, der zu dieser Frage referierte, mußte zugeben,

daß bei einer Aufteilung des Gutes 35 Arbeiter- und Angestelltenfamilien ihr Brot verlieren würden.

Hoé (Dem.) behauptet, ein Freund der Magistratsvorlage zu sein, kann aber nicht umhin, einen Eventualantrag zu stellen, daß Gimritz nicht zerschlagen werden und in eigene Bewirtschaftung genommen werden soll. Die Völkischen und Sozialdemokraten wenden sich ebenfalls gegen die Magistratsvorlage.

Stv. Genosse Kilian: Die Vorlage des Magistrats ist symbolisch für den Zustand der deutschen Bourgeoisie. Es ist halb rechts und halb links. Ich bin erstaunt über das jämmerliche Ergebnis der Politik, die getrieben worden ist, als wir von der Verpachtung des Gutes Seeben gesprochen haben. Es wurden damals Pläne vorgelegt, die etwas Bestechendes haben mochten. So hatte man sich dafür erklärt, daß Seeben noch einmal verpachtet werden sollte. Aber für Gimritz hatte sich der Magistrat entschieden; hier sollten alle Kräfte konzentriert werden. Görg, der jetzige Pächter, arbeitet immer gegen die Stadt in seinen Geldsack hinein. — Wenn man die Magistratsvorlage sieht, muß man sagen, daß es den Anschein hat, als ob die Blamage halbiert werden sollte. Man macht es wie die Deutschnationalen bei der Abstimmung über das Dawes-Gutachten im Reichstag. Zum Teil will man Gimritz in Eigenbewirtschaftung nehmen, zum andern Teil nicht.

Der Standpunkt der kommunistischen Fraktion ist der: volle Eigenbewirtschaftung. Die Tatsachen sprechen unbedingt für die Durchführung dieses Prinzips. Das Gut soll nicht nur als reine Erwerbsquelle angesehen werden, sondern es ist als die mächtigste Unterstützung der sozialen Pflichten, die eine Stadt zu erfüllen hat, zu betrachten. Die Stadt hat in ihrer landwirtschaftlichen Tätigkeit ausgezeichnete Erfolge erzielt. Wir waren alle erstaunt über die großen finanziellen Erträgnisse, die der Flugplatz gebracht hat, die jeder, der nicht kapitalistisch eingestellt ist und es nicht für die erste Pflicht der Stadt hält, Großagrariern die Taschen zu füllen, sehen muß. Wenn ein Zweifel erhoben wird an der Rentabilität der eigenen Regie, dann gibt der Bürgerblock, bei dem solche Zweifel aufgetaucht sind, selbst die Unfähigkeit seiner Kommunalverwaltung zu. Wir haben gehört, daß im Falle einer Aufteilung 35 Arbeiterfamilien brotlos werden. Das darf die Stadt nicht zulassen. Die Stadt hat die Pflicht, vorbildlich darin zu sein. Daß Herr Görg nicht vorbildlich als Arbeitgeber ist, daß er seine Arbeiter ausbeutet, daß sie sich fortwährend beschweren über diesen Großagrarier, steht fest.

Die Landwirtschaft war vor einiger Zeit in sehr bedrängter Lage durch das Mißverhältnis der Betriebsunkosten und der Einkünfte, die aus den Produkten erzielt wurden.

Dieser Zustand hat sich durch die agrarierfreundliche Haltung des Reichshungerministers Kanitz geändert. Gegenwärtig sind die Preise für Lebensmittel um 50 Prozent in die Höhe gegangen, und die Großagrarier haben die Gewinne gemacht.

Wenn die Berechnung auf das Gut Gimritz übertragen würde, so kämen dadurch allein 50—60 000 Mark an Mehrgewinn heraus. Würde man auch die anderen Güter in eigene Regie übernehmen, so würden im ganzen wohl 250—300 000 Mark Mehrgewinn erzielt werden.

Die Stadt Halle würde ein Verbrechen begehen, wenn sie dieses Geld nicht in vollem Umfange in die eigene Tasche stecken würde. Die Städte werden in den nächsten Monaten schweren Zeiten entgegengehen. Das Sachverständigengutachten ist angenommen. Die Finanzkassen wollen die Reichskassen entlasten. Der Finanzdiktator der Entente wird schon dafür sorgen, daß die Städte so wenig wie möglich Zuschüsse vom Reich erhalten. Damit werden alle sozialen Leistungen abgebaut werden. Dann ist kein Geld da für die Ausgaben der Stadt, Herr Görg aber und andere Großagrarier werden sich die Taschen füllen und die Stadt in der schlimmsten Zeit der Not im Stich lassen.

Aber nicht nur Gimritz muß in Eigenbewirtschaftung genommen werden, die anderen Güter auch. Dann hat die Stadt die Möglichkeit, in den Zeiten der Not aus ihren Beständen für diejenigen zu sorgen, die unter der Not der Zeit unterzugehen drohen. Ich glaube nicht, daß die Erwerbslosenfürsorge von Reichs wegen ausgedehnt wird. **Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Wirtschaft sich nicht heben wird in den nächsten Monaten.** Da sitzen die Bank- und Börsenhänen schon und sperren ihren Rachen auf; die Arbeiter aber werden im kommenden Winter furchtbaren Hunger, schreckliche Not und ungeheure Arbeitslosigkeit spüren. Dann wird die Stadt vor der Frage stehen, ob sie diese Proletarier zugrunde gehen lassen will. Es wird dann gesagt, die Stadt habe ein weiches Herz, aber weder Geld noch Naturalien. **Weil wir diesen Zustand voraussehen, soll die Güterbewirtschaftung von der Stadt vorgenommen werden. Ein Teil der Produkte soll verkauft, ein Teil zurückgelegt werden für die Zeit der Not, damit die Kriegsopfer, die Erwerbslosen, alle die vom Staat im Stich gelassen werden, nicht zugrunde gehen müssen.**

Genosse Kilian legt weiterhin dar, daß durch die Eigenbewirtschaftung der Zwischenhandel, der so verteuernd auf die Lebensmittel wirkt, ausgeschaltet werden kann. Er schildert die Verhältnisse in Rußland, wo diese Frage gelöst ist.

Konnten sich die Stadtverordneten selbst von der bürgerlichen Seite den überzeugenden Argumenten des Genossen Kilian nicht verschließen, so brach bei diesen Ausführungen großer Lärm los. Sie wollen von dem einzigen proletarischen Staat nichts wissen.

Genosse Kilian rügt in scharfer Weise, daß die Magistratsvorlage keine genauen Zahlen über die Bewirtschaftungsmöglichkeiten gibt. Wenn das im Haushaltausschuß geschehen sei, so könne die kommunistische Fraktion davon nicht unterrichtet sein, da sie von allen Ausschüssen ausgeschlossen sei.

Stv. Finger bemerkt den Meinungsumschwung, der in der Frage der Eigenbewirtschaftung von Gimritz eingetreten ist und will daher die endgültige Entscheidung aufschieben. Er wird aber niedergestimmt und es wird beschlossen,

das Gut Gimritz geschlossen in eigene Regie zu übernehmen.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung wird gegen die Stimmen der kommunistischen Fraktion beschlossen, die Kuranlage des Bad Wittekind auszubauen. Ein kommunistischer Antrag wird angenommen, der besagt, **daß die Bäderpreise im Wittekind denen des Stadtbades angepaßt und den Krankenkassen 50 Prozent Ermäßigung gewährt werden soll.** Damit fällt der Antrag der SPD., der eine Preisermäßigung nur für zwei Tage in der Woche vorgesehen hatte.

Weiterhin wurde die brennende Frage der Kriegsbeschädigtenfürsorge verhandelt, die zu einer längeren Debatte Anlaß gab. Genosse Freund begründete sein Antrag, die **Fürsorgestellen für Kriegsbeschädigte weiterhin zu belassen zu lassen,** wie es früher war und sie nicht auf Armen- und Jugendamt zu verteilen. Außerdem verlangt er, daß der Beirat aus sechs Personen zusammengesetzt werde, wie dies in der Denkschrift zur Magistratsvorlage (die wir im Auszug bereits veröffentlichten, D. R.) gesagt wird. Stadtrat May verteidigt seine Stellungnahme und redet einige schöne Worte davon, daß alles für die Kriegsopfer und deren Familien getan werden soll, steht aber dem Antrag ablehnend gegenüber. Die Tribüne, auf der viele Kriegsbeschädigte sich eingefunden haben, wird sehr lebendig nach diesen Worten. Es erhebt sich der Kriegervereinsvorsitzende Hoffmann, der in der vorigen Sitzung gegen die Dringlichkeit des Antrages Freund gestimmt hat. Er merkt, daß ihm die Felle wegschwimmen, und daß die Sympathie der anwesenden Proleten restlos auf der Seite der kommunistischen Fraktion ist.

Da gibt Hoffmann selbst zu, daß die Auflösung der Kriegsbeschädigtenfürsorgestelle unerhört und untragbar sei.

Trotzdem wird die Vorlage, wenn auch mit einigen Veränderungen, angenommen, und der Antrag des Genossen Freund wird ausdrücklich abgelehnt. (!) Gleichzeitig mit diesem Punkt wird auch die Frage der **Jugendfürsorge** behandelt. Genossin Krüger schleudert hier der bürgerlichen Seite des „hohen Hauses" die Anklagen ins Gesicht, daß die ganze Art der Neuregelung der Jugend„fürsorge" gegen die Arbeiterkinder gerichtet sei.

Die Stahlhelm, Wehrwolf, Luisenorden usw. werden ihre Listen einreichen, und aus ihnen heraus werden die vier Vertreter zur Jugendfürsorge gewählt werden. Das wird ein wunderbares Potpourri werden. Es werden nicht vertreten sein die Beauftragten der Arbeiterjugendorganisationen, obgleich es sich hier nur um Arbeiterkinder handelt. **Wir verlangen, daß unter den Mitgliedern ein Vertreter der Kommunistischen Jugend sein soll. Die Kommunistische Jugend wird vom Jugendamt stiefmütterlich behandelt. Man hat ihr das Jugendheim weggenommen.** Obgleich sie immer wieder neue Anträge eingereicht hat, wird nichts für sie getan.

Es ist unerhört, daß der Jugendfürsorge ein evangelischer und ein katholischer Geistlicher und ein Rabbiner beigegeben werden sollen. Wir können nicht zugeben, daß die Arbeiterkinder unter der Aufsicht von Geistlichen stehen. Die ganze Deputation muß von Arbeitervertretern besetzt werden.

Stadtrat Velthuysen muß resigniert zugeben, daß diese Neuregelung der Jugendfürsorge die Städte vollkommen entrechtet. Als Bürger kann er natürlich keine Konsequenz daraus ziehen.

Genosse Hirsemann beantragt, einen Vertreter der Internationalen Arbeiterhilfe, und zwar die Stadtverordnete Genosse Herrmann, in die Jugenddeputation zu wählen. Auch bei der Abstimmung über diese Anträge werden die kommunistischen Forderungen nicht berücksichtigt.

Nach Behandlung dieser Punkte stellte Stv. Minner (Dem.) einen Antrag auf Schluß der Sitzung. Genosse Kilian widerspricht mit dem Bemerken, daß dadurch die kommunistischen Anträge wieder nicht zur Verhandlung kommen. **Die bürgerliche Seite fürchtet sich vor dem, was die Kommunisten dabei zu sagen haben; sie will deshalb die Behandlung der Anträge erdrosseln.** Es wird weiter über die Verlängerung eines Pachtvertrages gesprochen, und erst als Busse der kommunistischen Fraktion die Zusicherung gibt, daß bei der nächsten Sitzung gleich nach den Vorlagen die kommunistischen Anträge behandelt werden sollen, wird die Zustimmung zum Schluß der Sitzung gegeben.

Die nächste Stadtverordnetensitzung findet auf Antrag der kommunistischen Fraktion am nächsten Montag statt.

---

* **Verband der ausgeschiedenen Bauarbeiter, Zahlstelle Halle.** Am Mittwoch, dem 15. Oktober, abends ½8 Uhr, findet im „Volkspark" eine wichtige Mitgliederversammlung statt. Es ist der Bericht vom Verbandstag auf der Tagesordnung. Es ist Pflicht aller Genossen, vollzählig und pünktlich zu erscheinen.

* **Freiwillige Unterrichtskurse für weibliche kaufmännische Angestellte,** Kontoristinnen und Verkäuferinnen beabsichtigen die städtische kaufmännische Berufs- und Handelsschule bei genügender Teilnehmerzahl für Deutsch, Rechnen und Buchführung ab 20. Oktober einzurichten. Nähere Auskunft wird im Amtszimmer der Berufsschule, im Gymnasium, Hof links 1 Treppe, erteilt.

Dölau-Rietleben-Passendorf. Berichtigung: Durch ein technisches Versehen geriet gestern eine Notiz aus der Rubrik „Jugendbewegung" an diese Stelle. Daraus konnte irrtümlich entnommen werden, daß es sich um eine Partei-Distriktsversammlung handele. Es handelt sich indes um eine Jugend-Distriktsversammlung. (Siehe auch heute unter „Jugendbewegung".)

Aus der Jugendbewegung

Dölau-Rietleben-Passendorf. Heute abend Ihr Distriktsversammlung in Rietleben. Lokal „Zur Sonne". Alle Mitglieder haben unbedingt zu erscheinen. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Heute abend Massenversammlung!

8 Uhr im „Volkspark" — Referent: Genosse Rosenbaum

Thema: Der verunglückte „Stahlhelm-Sporttag" der Duesterberg-Grützner-Runge und die hallische Arbeiterschaft!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241014-14/fragment/page=0005

Aus der Provinz

Streikbeschluß der Gemeindearbeiter

Urabstimmung in den Betrieben

Ueber die strittigen Löhne des Monats September hat am Freitag, dem 10. Oktober, in Berlin der Zentralausschuß für Arbeitertarifsachen getagt, um den Einspruch der Arbeitgeber über eine generelle Lohnerhöhung von 3 Pfennigen pro Stunde und Herabminderung des Spannungsverhältnisses zu erledigen. Wer nun dachte, daß dieser Zentralausschuß in Anbetracht der verteuerten Lebensweise nach der Füllung des ersten Schiedsspruches zumindest den alten Schiedsspruch bestätigte, wenn nicht sogar um einiges erhöhte, um den veränderten Preisverhältnissen gerecht zu werden, der hatte sich getäuscht. Der Zentralausschuß fällte einen Schiedsspruch, der wohl in der Spitze eine Erhöhung von 3 Pfennigen ergab, der aber dann nach unten hin in 11 Gruppen gestaffelt wurde und der somit aus den bestehenden 7 Klassen 11 Klassen der Arbeiter und Arbeiterinnen machte. Der Schiedsspruch lautet wie folgt:

Der Lohn der Gemeindearbeiter Mitteldeutschlands wird in der Spitze um 3 Pfennige plus auf 54 Pfennige erhöht, im übrigen werden die Gruppen nach folgendem Schema berechnet.

Lohngruppe	I Handwerker	100 Proz.	=	54 Pf.
„	II Handwerker	96 „	=	52 „
„	III Ungelernte	83 „	=	45 „
„	IV Ungelernte	81 „	=	44 „
„	V Ungelernte	79 „	=	43 „
„	VI Ungelernte	75 „	=	41 „
„	VII Boten und Wächter .	71 „	=	38 „
„	VIII Handwerkerinnen . .	67 „	=	36 „
„	IX Ungelernte Frauen .	56 „	=	30 „
„	X Ungelernte Frauen .	50 „	=	27 „
„	XI Reinmachefrauen . .	48 „	=	26 „

Daß ein solches Spannungsverhältnis für die Gemeindearbeiter untragbar ist, bewies die gestrige Versammlung aller Gemeindearbeiter in Halle, die entschieden verlangte, daß eine solche unsoziale Behandlung und ungenügende Aufbesserung der Löhne von seiten der Organisation abgelehnt würde. Der Verbandsvorstand des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter hatte auch bereits schon die Erklärung abgegeben daß er einen Streik für Mitteldeutschland genehmigen würde, da die **augenblicklichen Schiedssprüche für die Arbeiterschaft und für die Organisation untragbar** seien. Nachdem die Versammlung diesen Schiedsspruch einstimmig abgelehnt hatte, wurde beschlossen, am Dienstag, dem 14., und Mittwoch, dem 15. Oktober, eine Urabstimmung vorzunehmen und dann am Freitag, falls der Arbeitgeber nicht gewillt wäre, eine andere Regelung in der Entlohnung und Spannungsfrage zu treffen

den Streik für alle Gemeindearbeiter Mitteldeutschlands zu proklamieren.

Nachdem noch das unsoziale Verhalten des hallischen Magistrats hingewiesen wurde, wurde mit einem Appell an die Einigkeit und Solidarität der Arbeiterklasse diese Versammlung geschlossen.

Der Kampf der Unternehmer gegen die Betriebsräte

Wir berichteten vor etwa zwei Wochen von der Entlassung eines Betriebsrats in der Wolfener „Agfa" auf Grund eines Urteils des dortigen Gewerbegerichts, das sich dabei sogar über die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes hinwegsetzte. Ein gleicher Fall liegt jetzt aus Zeitz vor. Dort wurden **zwei Betriebsratsmitglieder der Firma Emerling fristlos entlassen**, angeblich wegen „beharrlicher Arbeitsverweigerung". Im Betrieb war ein Streit entstanden zwischen einem Arbeiter und der Betriebsleitung. Der Betriebsratsvorsitzende und noch ein anderer Betriebsrat wurden hinzugezogen, um die Angelegenheit zu schlichten. Obwohl der Streit noch nicht erledigt war, forderte der Unternehmer die beiden Betriebsräte auf, an ihre Arbeit zu gehen. Diese entgegneten, daß sie erst ihre Pflicht nach dem Betriebsrätegesetz erfüllen müßten. Daraufhin erfolgte sofortige fristlose Entlassung.

Die beiden Entlassenen wandten sich hierauf an das Gewerbegericht mit der Forderung auf Wiedereinstellung. Die Klage wurde **kostenpflichtig abgewiesen.**

Uns befremdet auch dieses Urteil nicht. Wir haben nichts anderes erwartet. Diesen beiden Beispielen auf Rauschmiß von Betriebsräten werden bald weitere folgen; Unternehmertum und Gerichte gehen dabei Hand in Hand. Den neuen Vorstößen der frechen Unternehmersippe kann nur begegnet werden, wenn die Arbeiterschaft auf der ganzen Linie geschlossen zum Gegenangriff übergeht und rücksichtslos den schärfsten Kampf führt. Dazu gehört allerdings auch eine andere Einstellung der Gewerkschaften. Die bisherige Zaudereterei der Reformisten hat die Unternehmer zu ihrem Vorgehen zu geradezu angereizt. Damit muß nun Schluß gemacht werden! Die Arbeiterschaft muß dafür sorgen, daß nunmehr mit den Unternehmern anders verfahren wird. Auf einen Schelm anderthalben! Wenn erst die Arbeiter den Kampf gegen das Unternehmertum aufnehmen, wird sich das Bild bald ändern. **Deshalb Arbeiter, schließt Euch den Forderungen der Gothaer Arbeiter an, sie die beste Antwort auf die frechen Maßnahmen der Unter-**

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Am Mittwoch, den 15. Oktober, abends ½8 Uhr, im „Löwen" Mitgliederversammlung.

Hohenmölsen. Arbeiter, aufgepaßt! Man beabsichtigt hier seine Stadt für das Winterhalbjahr Konzerte zu veranstalten, um die Bevölkerung mit geistiger Kost zu versehen und in Kürze Hinsicht allen entgegen zu kommen", wie sich Dr. Hilbert in der letzten Stadtverordnetenversammlung so schön ausdrückte. In Wirklichkeit ist es diesen Herren gar nicht darum zu tun, die Bevölkerung zu schaffen. Im Gegenteil, ihre Absicht ist es, die Bevölkerung zu schaffen. Im Gegenteil, ihre Absicht ist von der Arbeiterschaft das „Schützenhaus" gemieden wird, will man in erster Linie dem Pächter helfen, den Bierumsatz zu erhöhen, damit der gute Mann, weil er sich nun einmal die Arbeiterschaft vor den Kopf gestoßen hat, auch bestehen kann. Mit einem Wort gesagt: Man will die Einigkeit der Arbeiterklasse durchbrechen! Deshalb, Arbeiter, aufgepaßt, laßt Euch nicht einfangen!

Bezirkskonferenz des RFB. Landesbezirk Halle-Merseburg

Zu Beginn der Konferenz, die am Sonntag stattfand, brachte der Spielerchor der Ortsgruppe Halle einige revolutionäre Märsche zum Vortrag.

Kamerad Richter eröffnete darauf mit Worten über die Bedeutung des RFB. die von 53 Ortsgruppen sowie 10 Unterbezirksleitungen vertretene Konferenz. Auf der Tagesordnung standen drei Verhandlungspunkte:

1. Der RFB. im Kampfe gegen die akute imperialistische Kriegsgefahr. Referent: Kamerad Seemann, Berlin.
2. Organisation und Aufbau. Referent: Kamerad Borrman, Halle.
3. Roter Frontkämpfertag in Halle. Referent: Kamerad Richter, Halle.

Die Tagesordnung erfuhr eine Aenderung, da Kamerad Borrmann am Erscheinen verhindert war. Der zweite Punkt wurde deshalb zurückgestellt und im Referat vom Kamerad Richter an dritter Stelle behandelt.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung erhält das Wort Kamerad Seemann, Berlin, und überbringt die Grüße der Bundesleitung. Wir sehen im Bezirkstag den ersten engeren Zusammenschluß des Landesbezirks Halle-Merseburg. Wir haben heute den Eindruck gewonnen, daß der Bezirk Halle-Merseburg mit an der Spitze der Landesbezirke in seiner Entwicklung steht. Daher haben wir die Hoffnung und das Bewußtsein, daß man weiter von Mitteldeutschland als von dem roten Herz Deutschlands sprechen wird.

Der RFB. ist eine Organisation, die einen wirklichen energischen Kampf gegen die imperialistische Kriegsgefahr führt. Wir sehen vor uns älter bestehende Gebilde, den **„Stahlhelm", Bund der Frontsoldaten**, und das **Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold"**. Beide mit den gleichen imperialistischen Tendenzen. Es besteht zwischen beiden Organisationen eigentlich nur eine getrennte Auffassung über die Landesfarben. In ihrer **Rolle als Geldsackschutzgarde** und als **Knüppelgarde gegen das rebellierende Proletariat** sind sie sich beide einig.

Der RFB. steht dagegen in seinem ganzen Wirken auf der Seite des kämpfenden Proletariats. Ueberall in der ganzen Welt sehen wir die Häufung der imperialistischen Konfliktstoffe.

Gegen die sich ständig vermehrende Kriegsgefahr gilt es, revolutionär Seite an Seite mit der Arbeiterschaft zu kämpfen. Wir müssen klar erkennen: solange es zwei Klassen, Ausbeuter und Ausgebeutete gibt, wird es niemals Frieden geben. Wenn die Pazifisten heulmeiern: „Nie wieder Krieg!" so haben wir dem entgegenzusetzen: „Nie wieder Klassen-Frieden!", solange es noch Ausgebeutete gibt. Als RFB. haben wir all diesen Gefahren gegenüber eine klare Abwehrlinie zu bilden.

Eine Aufgabe des RFB., die in dasselbe Gebiet fällt, ist die Pflege der Kriegserinnerungen 1914—18, nicht im Stile der Kommißstiefelgeschichten, sondern arbeitend dafür, daß wir in die Köpfe unserer heranwachsenden Jugend, der bei kommenden imperialistischen Kriegen die größte Gefahr droht, und in die Köpfe der noch indifferenten proletarischen Elemente die **klare Erkenntnis vom Wesen der imperialistischen Kriege hineinhämmern.** Wir haben die proletarischen Massen aufzuklären über die **verheerenden Folgen des letzten Krieges** an Menschenverlusten, **Verstümmlungen der Kriegsteilnehmer.** Wir haben festzunageln die **ungeheure gesundheitliche Schädigung der proletarischen Klasse** mit ihren unausbleiblichen Folgen, der Tuberkulose, Rachitis usw. Alle Lasten der imperialistischen Kriege werden der ausgemergelten proletarischen Klasse aufgebürdet. Gleich ob Sieger- oder besiegte Staaten: überall bildet das Proletariat die melkende Kuh für die imperialistischen Räuber.

Die kapitalistischen Regierungen schreien in der letzten Zeitperiode dauernd von der Erhaltung des Weltfriedens. Wir hören alltäglich die pazifistischen Phrasen eines Macdonald, Herriot usw. **In Wirklichkeit werden damit nur neuen Kriegen die Wege geebnet.**

Daraus erwächst eben dem RFB. die Aufgabe, alle waffenfähigen Männer um sich zu scharen, einen festen Schutzwall zu schaffen gegen die Möglichkeit neuer imperialistischer Kriege. **Wir werden auch über die Landesgrenzen hinausgehen müssen und den Gedanken des RFB. in alle Lande: England, Frankreich, Amerika und unter die andersfarbigen Volksstämme tragen.** Dann wird eine internationale Phalanx proletarischen Willens bestehen, der jeden künftigen imperialistischen Krieg verhindern und ihn in sein Gegenteil umgestalten wird.

Es gilt deshalb für alle Kameraden, nach der Konferenz hinausgehen in die Gruppen und unseren Geist in den kleinsten Winkel zu tragen. Dann wird auch der Zeitpunkt nicht mehr fern sein, wo der RFB. die kapitalistischen Schutzgarden an Stärke weit überflügelt und es endgültig vorbei ist mit ihrer Herrlichkeit.

Es folgt dann der zweite Punkt: Organisation und Aufbau. Dritter Punkt: Roter Frontkämpfertag in Halle.

Zu Punkt 2: „Organisation und Aufbau" referierte Kamerad Richter, Halle.

In klaren Ausführungen zeigt der Referent die Gliederung des Bundes bis zur kleinsten Organisationseinheit. In weiteren Ausführungen behandelt er die Aufgaben aller Organisationsinstanzen. Die Diskussion zu den Ausführungen des Referenten zeigte, daß die Konferenzteilnehmer die Notwendigkeit des RFB. verstanden haben.

Zu Punkt 3 wurde von der Bezirkskonferenz beschlossen, demnächst in Halle einen **„Roten Frontkämpfertag für den Bezirk Halle-Merseburg" zu veranstalten.** Eine Kommission zur Vorbereitung des Tages wurde bestimmt.

Am Ende der Tagung wurde der geschäftsführende Ausschuß für den Landesbezirk Halle-Merseburg von der Bezirkskonferenz neu gewählt.

Der Verlauf der Konferenz hat gezeigt, daß die Zukunft dem „Roten Frontkämpfer-Bund" gehört. Alle Teilnehmer waren sich darüber einig, daß positive Arbeit geleistet werden muß. Dann werden wir auch zum Ziele kommen. Die Teilnehmer gelobten, unermüdlich weiterzuarbeiten, **bis das Ziel des RFB., die Urheber aller imperialistischen Kriege, die chauvinistischen Kriegshetzer zum Teufel zu jagen, erreicht ist.**

Mit einem „Hoch" auf den „Roten Frontkämpfer-Bund" wurde die Konferenz um 3 Uhr geschlossen.

Mansfeld-Sangerhausen

An alle Ortsgruppen des Roten Frontkämpfer-Bundes im Kreise Sangerhausen

Am Sonnabend, dem 18. Oktober, findet in Roßla die Gründungsfeier des „Roten Frontkämpfer-Bundes" statt. Der Abend wird ausgestellt mit Mandolinenspiel, Rezitationen, Ansprachen usw. Außerdem gelangt das Stück „Bürger, Bauer, Spartakus" zur Aufführung. Wir ersuchen alle Roten Frontkämpfer, die Roßlaer Ortsgruppe durch ihr Erscheinen zu unterstützen.

Ortsleitung Roßla des RFB.

Ein Opfer der Arbeit auf Dittrichshall

Am 9. Oktober fand der Häuer Gustav Hesse aus Eisleben bei der Arbeit durch eine hereinbrechende Wacke seinen Tod. Hesse ist Familienvater von mehreren Kindern. Ob alle Vorsichtsmaßregeln getroffen waren, muß erst noch untersucht werden.

Bei der behördlichen Untersuchung des Unfalles wollte die Werksleitung den Betriebsratsvorsitzenden nicht teilnehmen lassen, da dieser nach Meinung der Werksleitung kein erfahrener Fachmann im Bergbau sei. Er setzte sich aber durch und mußte zugelassen werden. Anscheinend will die Werksleitung mit einer Arbeitervertretung nicht viel zu tun haben. Da hat die Arbeiterschaft aber auch noch ein Wörtchen mitzureden!

Eisleben. Die Kirche in finanziellen Nöten. In den Eisleber Blättern ist eine Notiz zu lesen, worin die Gläubigen aufgefordert werden, ihre rückständigen Kirchensteuern zu bezahlen. In der Nikolai-Gemeinde scheint es ja sehr böse auszusehen, und ein großer Teil derjenigen, die heute noch der Kirche angehören, scheinen von der Notwendigkeit der Kirche gar nicht überzeugt zu sein, sonst könnte es nicht möglich sein, daß von 1400 Gläubigen 960 noch keine Steuern bezahlt haben. Ferner ist aus der Notiz noch zu ersehen, daß ein Teil die Annahme der Steuerzettel verweigert hat. Wer seine Steuern am Montag nicht bezahlt, wird mit zwangsweiser Einziehung bedroht. Hoffentlich haben die Einzieher viel Glück dabei. Nur die Steuerzettelverweigerer scheinen Proleten zu sein, die innerlich längst mit der Kirche gebrochen, aber bisher nicht den Mut hatten, die Konsequenzen zu ziehen. Dann aber heraus aus der Kirche! Arbeiter, ihr stützt ja mit, daß Ihr noch in dem Volksverdummungs-Institut bleibt, den Kapitalismus, der Euch kaum noch soviel läßt, um nicht ganz zu verhungern. Arbeiter, Euch hilft kein Gott, Ihr könnt Euch nur selbst helfen. Deshalb schließt Euch der Kommunistischen Partei an, die konsequent die Interessen der Arbeiterschaft vertritt.

Kelbra. Achtung, Betriebsräte und Kartelldelegierte! Donnerstag, abends 8 Uhr, findet in der „Sängerhalle" eine **Versammlung der Betriebsräte und Ortsausschußdelegierten** statt.

Bitterfeld-Delitzsch

Bitterfeld. Donnerstag, den 16. Oktober, nachmittags 5 Uhr, im „Bürgergarten" zu Bitterfeld Sitzung aller Gewerkschafter, die der KPD. angehören. Erscheinen aller Kommunisten ist Pflicht!

Bitterfeld. Kartellsitzung. Mittwoch, den 15. Oktober, abends 7½ Uhr, Kartellversammlung im „Bürgergarten". Erscheinen aller Delegierten ist Pflicht!

Bitterfeld. Einen Lehrkursus über die erste Hilfeleistung bei Unglücksfällen beginnt die Arbeiter-Samariter-Kolonne am Mittwoch, dem 15. Oktober, abends 8 Uhr, in der Volksschule Weststraße (Fortbildungsschulzimmer). Dieser von einem Arzt geleitete Kursus, gibt jedem Gelegenheit, sich die notwendigsten Kenntnisse zur ersten Hilfeleistung und Krankenpflege anzueignen. Anmeldungen werden eine Stunde vor Beginn im Schulzimmer entgegengenommen.

Wittenberg-Schweinitz

Wittenberg. Lichtspiel-Theater. Um den Wünschen der Kinobesucher entgegenzukommen, veranstaltet das Lichtspiel-Theater drei große Lustspielabende, und zwar zunächst den Film „Pat" und „Patachon" als Photographen. Der Film „Fatty" ergänzt in einer dreiaktigen tollen Groteske das Programm.

Torgau-Liebenwerda

Naundorf-Lauchhammer. Es geht vorwärts. Wie in vielen anderen Orten, so ist auch jetzt in Naundorf eine Frauengruppe der KPD. ins Leben gerufen worden. Der erste Frauenabend fand am letzten Montag statt, wo auch ein ganz Teil Genossinnen erschienen waren, um die nächsten Arbeiten und den Aufbau der Frauengruppe zu besprechen. Festgelegt wurde, daß alle 14 Tage ein solcher Abend stattfinden soll. Der nächste Abend findet Donnerstag, den 16. Oktober, bei der Genossin Mai statt, wozu alle Genossinnen erscheinen müssen. Auch Gäste können mitgebracht werden. Es liegt an allen Genossinnen, diese Bewegung tatkräftig zu unterstützen, damit auch in Naundorf die Frauen für ihre Befreiung kämpfen.

Aus der Jugendbewegung

An alle Ortsgruppen der Kommunistischen Jugend im Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Wir fordern die Vorsitzenden auf, sofort die Fragebogen zurückzusenden. Es ist uns sonst unmöglich, einen Bericht an die Bezirksleitung zu geben. Weiterhin müßt Ihr allen Anforderungen des letzten Rundschreibens nachkommen. Liefert die Extrabeiträge ab. Mitglieder, sorgt dafür, daß Eure Funktionäre ihre Pflicht erfüllen.

Die Unterbezirksleitung.

Verantwortlich: Marianne Gundermann, Halle, für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Krob, Halle, Lerchenfeldstraße 14

Fahrrad-Lampen rein Messing, billigst
Gummi-Bieder Gr. Steinstr. 81 Nähe Markt.

Die feinste, die reinste:
„HELD'S WELTRUF"
Eine Margarine von Sonderklasse
Probe und urteile selbst!
General-Vertreter: R. Otto Barthel, Riemeyerstraße 9 Fernsprecher 1315
Fabriklager mit Gleisanschluß und Bureau: Halle a. d. S., Delitzscher Straße 90

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241014-14/fragment/page=0006

Aus den Betrieben und Werkstätten

Die Betriebszelle ist das Fundament der Parteiorganisation

Jede Fabrik, jeder Betrieb muß unsere Burg sein

Der „Klassenkampf" muß eine „Arbeiter"-Zeitung werden

hu. Nanu, werden viele Leser sagen, ist denn unsere Zeitung keine Arbeiterzeitung? Sie ist doch das Organ der Kommunistischen Partei, vertritt unsere Interessen und wird von Redakteuren geschrieben, die doch Arbeiter und Mitglieder der KPD. sind. Ja, lieber Genosse, hier liegt eben der Hase im Pfeffer. Es stimmt, der „Klassenkampf" ist in diesem Sinne ein Arbeiterblatt. Aber zu einer wirklichen Arbeiterzeitung gehört mehr. Nicht der in den Redaktionsstuben hausende Redakteur, der wohl abends in den Versammlungen mit der Arbeiterschaft zusammenkommt, sondern der Arbeiter selbst soll den „Klassenkampf" schreiben. Unsere Zeitung soll den ganzen Kampf, das ganze Leben des Arbeiters widerspiegeln. Wohl haben ein ganz Teil Genossen begonnen, teils regelmäßig, teils unregelmäßig, aus ihren Betrieben zu berichten. Doch das genügt nicht. Unsere Zeitung muß täglich mindestens eine Seite Berichte aus dem Arbeiterleben enthalten, wenn es mehr sind, ist es um so besser. Doch auch das genügt noch nicht. Der Arbeiter soll und muß sich nicht nur mit den Vorgängen im Betrieb befassen, er muß weit darüber hinaus sich mit den Vorgängen im Wirtschafts- und politischen Leben befassen.

Die russischen Zeitungen sind in dieser Hinsicht direkt vorbildlich. Ein großer Teil des Inhalts wird von Arbeitern bestritten. Da ist es interessant zu beobachten, wie die Arbeiter über die verschiedensten Probleme in ihrer Zeitung ernsthaft diskutieren. In der „Prawda", dem Zentralorgan der KPM., diskutieren Arbeiter, die sich in ihrem Leben niemals sehen werden, die weiter auseinander wohnen, als die Entfernung von der deutschen Ostgrenze bis zur französischen Meeresküste beträgt. Freilich, die russischen Arbeiterzeitungen haben Arbeiterkorrespondenten, das sind Arbeiter, die regelmäßig an die Zeitung berichten, die einen Kursus für Journalistik durchgemacht haben. Doch diese Arbeiterkorrespondenten hat die russische Arbeiterpresse nicht erst seit dem Ergreifen der Macht. Schon vorher hat die russische Presse ihren größten Teil ihres Raumes den Zuschriften aus Arbeiterkreisen gewidmet. Genosse Lenin war gerade besonders darauf bedacht. Die russischen Parteizeitungen hatten darin ein leichtes Arbeiten, weil die Organisation auf Betriebszellen aufgebaut war.

In Deutschland ist eine Parteizeitung bis jetzt in der Lage, auch Zuschriften aus Arbeiterkreisen, die sich nicht mit den Betrieben befassen, zu veröffentlichen. Das „Ruhr-Echo", das Organ unserer Partei im Ruhrgebiet, bringt regelmäßig eine Seite „Was der Ruhr-Kumpel sagt", die ausschließlich von Arbeitern geschriebne ist, worin sie sich mit den verschiedensten Fragen, die das Arbeiterleben betreffen, befassen.

Auch unsere Zeitung hat eine Reihe Genossen, die aus den Ortsgruppen regelmäßig berichten. Diese Genossen geben **schon heute ihr Bestes für die Ausgestaltung der Zeitung her.** Und wenn wir uns heute an alle Leser des „Klassenkampf" **wenden,** Artikel aus ihrem Leben, aus ihren Gewerkschaften und anderen Organisationen, ihre Ansichten über die verschiedensten Vorkommnisse im Bannkreis ihres Kirchturms und darüber hinaus, uns zuzusenden, so denken wir vor allen an die Genossen, die schon bisher am „Klassenkampf" mitgeholfen haben.

Genossen, Arbeiter! Macht Eure Zeitung zu einem wirklichen Arbeiterblatt. Aus dem „Klassenkampf" muß neben dem Gesicht der Kommunistischen Partei das Gesicht des mitteldeutschen Arbeiters mit all seinem Denken, mit all seinem Zweifel, mit all seinem Hunger und seiner Not, aber auch mit all seiner Kampfentschlossenheit und seinem unverrückbaren Willen, die heutige Gesellschaftsordnung zu zertrümmern, hervorschauen.

Konzernweise Verbindung der Betriebszellen

Nachfolgend zitieren wir einige Stellen aus einem Bericht über stattgefundene Betriebszellenversammlungen einer ganzen Reihe von Betrieben eines großen Konzerns. (Aus begreiflichen Gründen lassen wir den Namen weg.)

„Genosse X. führt einleitend aus, daß auf einer Zellenversammlung des Werkes A. die Genossen sich mit der Frage der Zusammenarbeit aller Betriebszellen im Konzern und mit der Herausgabe einer Zellenzeitung für den gesamten Konzern beschäftigten . . ."

„Genosse Y. vom Werk B. macht eingehende Ausführungen über die Fusionen des Konzerns mit den Sch.-L.-Werken in Mannheim. Er beleuchtet die Ursachen und die Auswirkungen dieser Fusion, die sich jetzt schon bemerkbar machen. Heute schon geht ein Teil der Dreischmachtnen-Produktion über die Sch.-L.-Werke. Die Konzernzellenleitung muß deswegen sofort Verbindung mit der Sch.-L.-Zelle und den W.-Werken in Erfurt nehmen. Gleichzeitig muß die Zelle der B.-Werke in Gotha davon unterrichtet werden, daß nach Aussprüchen der Aufsichtsräte des W.-Konzerns durch die Fusion mit Sch.-L.-Mannheim auch die B.-Werke in Gotha betroffen werden, und zwar sollen sie aufgelöst und nach Aschersleben verlegt werden . . ."

„Der Genosse Z. machte nähere Ausführungen über die Verbindung des W.-Konzerns mit der Deutschen Bank und ist der Auffassung, daß diese nunmehr als Hintermann den ausschlaggebenden Einfluß im Konzern besitzt . . ."

„Genosse U. macht Mitteilung über die Beteiligung eines Auslands-Konzerns am W.-Konzern . . . Er erklärt, daß die Belegschaften das geschlossene Zusammengehen der Betriebe des Gesamtkonzerns im ganzen Reich wünschen, und daß nur auf diese Weise der Unternehmeroffensive noch begegnet werden kann . . ."

In der Diskussion wird weiter Stellung genommen zur Frage der Entlassungen, zum Zellenaufbau auf den einzelnen Werken und zur Verbindung der Betriebszellen aller Werke untereinander. **Drei Genossen werden als Konzernleitung bestimmt und beauftragt, sich sofort mit den entsprechenden übrigen Werken im Reich in Verbindung zu setzen, um die wirtschaftliche Entwicklung, wie auch die weitere Konzentrierung und die Fusionen des Konzernes zu beobachten, Material darüber zu sammeln und die Belegschaften auf einen gemeinsamen Kampf vorzubereiten.**

Es wird beschlossen, eine Zellenzeitung für den gesamten Konzern herauszugeben."

Wir haben diesen kurzen Auszug aus einem großen Bericht wiedergegeben, um alle Genossen anzuregen, überall dort, wo Betriebszellen schon funktionieren, zu ihrer industriegruppen- bzw. konzernweisen Verbindung untereinander überzugehen. Das ist unbedingt notwendig zur Vorbereitung der Kämpfe, die sich über ganze Industriezweige erstrecken. Notwendig für Mitteldeutschland im Bezirk, als auch mit Ludwigshafen und Oppau.

Keinen Vorschuß für die Arbeitssklaven

Die Direktion des Leunawerkes ist als besonders „arbeiterfreundlich" bekannt, die eifrig bemüht ist, alle Wünsche ihrer Belegschaft zu erfüllen und das Arbeiten im Leunawerk als „besonders begehrenswert" zu gestalten. Jetzt scheint unsere Direktion auch unter der „Geldnot" zu leiden, denn sonst würde sie in ihrer Menschenfreundlichkeit Gesuche um Vorschuß, die die Arbeiter mit mehreren Kindern zwecks Beschaffung von Kohlen und Winterkleidung an die Direktion stellten, nicht ablehnen. Oder sollten andere Gründe maßgebend sein?

Da die Direktion scheinbar für ihre Leute kein Geld hat, um einige Mark Vorschuß zahlen zu können, so schlagen wir vor, für das „notleidende" Leunawerk eine Sammlung zu veranstalten.

Aus diesem Verhalten der Leunadirektion geht mit aller Deutlichkeit der brutale Unternehmerstandpunkt hervor. Die Arbeiterschaft soll die Sklavenpeitsche fühlen. Was braucht ein Arbeiter auch für seine Kinder Winterkleidung und Schuhe? Wie kann ein Arbeiter auch daran denken, sich mit mehreren Zentnern Kohle, die jetzt billiger als im Winter sind, einzudecken? Wenn die Direktion 15 oder 20 Mark Vorschuß gewährt, der in drei oder vier Raten abgezogen werden soll, dann hat sie ja für die paar Mark Zinsverlust. Mögen die Arbeiterkinder sich doch die Füße erfrieren, mögen sie doch in ihrer Gesundheit geschädigt werden, desto eher krepieren sie, es sind sowieso zu viel Menschen für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirtschaft vorhanden.

Für die gesamte Arbeiterschaft des Leunawerkes muß dieses Verhalten der Betriebsleitung ein erneuter Ansporn sein, sich fest zusammenzuschließen, um dieser Ausbeutergesellschaft ein Ende zu bereiten.

Das proletarische Existenzminimum

der Woche vom 5. bis 11. Oktober

beträgt

65,71 Mark

gegenüber

63,54 Mark

der Woche vom 28. September bis 4. Oktober

Arbeiter, wieviel verdienst Du in der Woche?

Erkämpfe Dir das proletarische Existenzminimum!

Papierfabrik Muldenstein

In einer stattgefundenen Betriebsversammlung der Papierfabrik Muldenstein sollte die Belegschaft zu den vom staatlichen Schlichtungsausschuß in Halle gefällten Schiedsspruch Stellung nehmen. Die Zulage beträgt durchschnittlich ungefähr 2½ Pf. pro Stunde. In kurzen Worten gab der Gewerkschaftsangestellte vom Fabrikarbeiterverband, Kollege Vogler, den Situationsbericht. Der Schiedsspruch sei vom Verband abgelehnt; mehrere Belegschaften der Sektion drängen zum Streik und auch der Verband selber werde wahrscheinlich zum Streik aufrufen. Es kann den Arbeitern nicht zugemutet werden, die Kosten des Dawes-Gutachtens allein zu tragen.

Ach, sieh da, Kollege Vogler, war es nicht in einer der letzten Versammlungen, wo Du gerade das Gegenteil behauptetest? Sagtest Du nicht nach der Annahme des Dawes-Gutachtens, die Arbeiterschaft gehe nun besseren Zeiten entgegen? Wenn die Industrie nun die versprochenen Kredite erhält, werde auch die Arbeiterschaft ihr Gutes davon haben. Hest Du das wirklich geglaubt, was Du uns vorgemacht hast? Doch wer da glaubt, die letzten Ereignisse könnten auch ihn eines andern belehrt haben, der irrt sich gewaltig. Er wird weiter den Leuten die Köpfe zu verdrehen suchen.

Kollege Vogler! Du tatest sehr entrüstet und wolltest den starken Mann spielen, als sich nach Deinen Ausführungen niemand zu Worte meldete. So bedauerlich diese Tatsache an und für sich ist, wer trägt die Schuld daran, daß die Massen so indifferent sind? Nur Du selbst und die Richtung, die Du vertrittst. Ist nicht jede Regung der Arbeiterschaft, die eine Besserstellung ihrer Lage anstrebte, von Euch ganz systematisch unterdrückt worden? Es waren nach Deiner Ansicht immer nur böse Bolschewisten oder sonstwie verkommenes Gesindel, die die Arbeiterschaft bloß schädigen wollten.

Dein Ausspruch, es wären gerade die Betriebe, die früher am radikalsten waren, die heute so schlecht organisiert sind, trifft nicht ganz zu. Träfe er aber zu, so wäre es auch keine Rechtfertigung für Deine Taktik. Dann müßten demnach doch heute die Massen alle wieder organisiert sein, wo sie die Erfahrungen mit den bösen Kommunisten hinter sich haben. Nein, Kollege Vogler, die Einstellung der Massen ist anders. Sie haben so oft zum Kampf angesetzt und sind jedesmal von den Gewerkschaftsführern verraten worden. Die Massen trauen Euch nicht mehr und darum ist es so sehr schwer, dieselben für den Verband zurückzugewinnen. Ist es nicht Dein Ausspruch: „Nehmt was Ihr kriegt, es ist besser, wie gar nichts", der bei uns fast sprichwörtlich geworden ist?

Doch nun ein Wort an die Kollegen im Betrieb. Es ist falsch, wenn Ihr den Verband meidet. Wir können so nicht vorwärts kommen. Gerade dadurch, daß Ihr dem Verband fernbleibt, können die Führer ihre arbeitsgemeinschaftliche Taktik weiter treiben. Kollegen! Nicht nur falsch, nein, tief beschämend ist es für die Belegschaft, wenn Ueberstunden geschoben werden, daß eine Stundenzahl von 80 bis 90 in der Woche der Durchschnitt ist. Müssen Eure arbeitslosen Kollegen nicht mit Fingern auf Euch weisen? Sind doch täglich allein von den Schichtarbeitern durchschnittlich 200 Ueberstunden geleistet worden.

Wäre nicht die Firma zum Einstellen von Arbeitslosen gezwungen gewesen, wenn Ihr nicht das heiligste Gefühl, was es für den Arbeiter gibt, mit Füßen getreten hättet?

Arbeitskollegen von Muldenstein! Wir klagen Euch an. Ihr habt uns Arbeitslosen und unseren Kindern das Brot vom Tisch genommen. 200 Stunden täglich, wie viele Arbeitslose wären dadurch in der Lage gewesen, für sich und Ihre Kinder etwas mehr in die Suppe brocken zu können. Gewiß, der Wochenlohn eines Vollarbeiters ist so minimal, daß man auch damit den Hungerriemen täglich enger schnallen muß, aber Eure zeitige Besserstellung, die Ihr durch Ueberstunden erringen wollt, ist nur scheinbar. Ihr werdet zum Lohndrücker an Euch selber. Kollegen, erwacht! Seht ein, daß Eure Handlungsweise verkehrt ist. Erringt Euch die Achtung Eurer Kollegen aus anderen Betrieben wieder. Werdet wieder Mitkämpfer an der Sache des Proletariats.

Die Zustände auf dem Werk Krughütte der Mansfeld A.-G.

Seit der Annahme des Dawes-Gutachtens wird die Arbeiterschaft den Druck des Unternehmers immer mehr gewahr. Mit welchen Mitteln das Kapitalistenpack vorgeht, zeigt folgendes: Jede Pause, außer den festgesetzten, soll der aufsichtsführende Beamte in der Markenkontrolle angeben, diese wird dann den einzelnen Arbeitern in Abzug gebracht. Die Werksleitung hat diese Bestimmung den Arbeitern **nicht** am schwarzen Brett bekannt gemacht, sondern hat ihre Beamten dahin unterrichtet. Zu den hygienischen Zuständen wollen wir der Oeffentlichkeit folgendes zeigen.

Seit Montaen schon ist der Ofen zur Wasserheizung in Reparatur und es ist nicht möglich, die Belegschaft mit heißem Wasser zu versorgen. Nun hat die Werksleitung (Reimann) an der maßgebenden Stelle folgendes festgesetzt: Warmwasser gibt es nur eine Viertelstunde bei Schichtwechsel. Man bedenke, wenn zum Schichtwechsel 400 Mann sich baden oder waschen wollen, was das für unheilvolle Zustände sind. Als ein Belegschaftsmitglied zu Reimann sagte, daß seine Maßnahmen undurchführbar seien, erwiderte derselbe: „das kann mir ganz egal sein, vor allen Dingen will ich, wenn ich baden will, heißes Wasser haben". Für die Qualifikation des Herrn Reimann ist folgendes charakteristisch: Der Herr Dr. Reimann läßt seine Wäsche bei Frau Reinhardt waschen. Es passierte nun der Frau, als sie Wäsche gewaschen und geblaut hatte, daß zwei winzige Blaupünktchen in der Wäsche verblieben. Reimann schickt die Wäsche wieder zurück, bezahlt aber kein Wäschegeld. Die Frau versucht ihr Möglichtes und schickt sie dann wieder zu Reimann, er schickt sie abermals zurück und die Frau lauert auf ihren Lohn.

Gewerkschaftsbewegung

Edo Fimmen über die Perspektiven der internationalen Arbeiterbewegung

(Von unserm Moskauer Korrespondenten)

Edo Fimmen hielt im Moskauer Gewerkschaftshaus einen Vortrag über „Die nächsten Perspektiven der internationalen Arbeiterbewegung". Fimmen führte in seiner Rede aus:

„Ich kam vor kurzer Zeit aus Westeuropa und kenne genügend die Arbeitermassen, ihre Bedürfnisse und ihre Stimmung. Die Arbeiterbewegung befindet sich zurzeit in einer schwankenden Lage. Nach dem Kriege, nach der sozialen Revolution in Rußland und der politischen Revolution in Deutschland und Oesterreich haben zwar die Arbeiter einige Konzessionen von der Bourgeoisie erreicht, später aber mußten sie unter dem ökonomischen Druck ihre Positionen wieder aufgeben.

Seit sechs Jahren verschlechtert sich die Lage der Arbeiter sowohl in politischer als in ökonomischer Beziehung immer mehr. Die einzige Errungenschaft der Arbeiter — der Achtstundentag, blieb auf dem Papier, in Wirklichkeit wird bedeutend mehr gearbeitet. Der Arbeitslohn hat wie bei Euch in Rußland so auch in anderen Ländern das Vorkriegsniveau noch nicht erreicht. Der Unterschied zwischen Euch und anderen Ländern ist aber, **daß bei Euch der Arbeitslohn sich ständig erhöht, während er im Westen ständig sinkt.** Die Bourgeoisie macht die angestrengtesten Versuche, die Macht des Kapitalismus zu stärken, schließt sich zu gigantischen Verbänden zusammen, deren Ziel die Ausbeutung der arbeitenden Massen ist."

Fimmen beleuchtete dann den Zusammenhang zwischen der **Reparationsfrage** und der Arbeiterbewegung. In der Reparationsfrage, sagte Fimmen, werden die Arbeiter ebenso verraten, wie zur Zeit des Krieges. **Die zweite und die Amsterdamer Internationale haben diesen Verrat gefördert und tragen selbst zur Verschlechterung der Lage der Arbeiter bei.**

Auf den **Dawes-Plan** übergehend, sagte Fimmen: Die Summe, die Deutschland zahlen müsse, ist besonders groß, wenn man in Betracht zieht, daß man sie nicht von der deutschen Bourgeoisie, sondern von den deutschen Arbeitern bezahlt haben will. Es geht aber eigentlich gar nicht um das Geld, sondern darum, daß die internationalen imperialistischen Mächte Deutschland von der Konkurrenz auf dem Weltmarkte ausschließen wollen. Der Dawes-Plan drückt das Streben der Kapitalisten aus, die letzten Reste der Selbständigkeit Deutschlands zu vernichten.

Ueber die Beziehungen der sogenannten Arbeiterregierungen zur Arbeiterbewegung erklärte Fimmen:

Ich habe eine andere Ansicht als meine Genossen in Amsterdam und meine, daß die Arbeiterregierungen **keinen Nutzen für die Arbeiter bringen.** Diese Regierungen sind nur „rote Schirme", man will nur die elende ökonomische Lage der Arbeiterklasse mit allerlei Illusionen verdecken.

Wenn die Arbeiterklasse, die bis jetzt nur in nationalem Rahmen gekämpft hat, dem Kapital entgegentreten will, so muß sie, um das internationale Kapital bekämpfen zu können, selber international werden. Zurzeit fehlt es aber an der internationalen Vereinigung der Arbeiterschaft und infolgedessen auch an dem einheitlichen Kampf der Arbeitermassen gegen das Kapital.

Fimmen wies auf das Beispiel der **Bergarbeiterkämpfe** in den verschiedenen Ländern hin und sagte: „Sie werden niedergeschlagen werden solange es keinen einheitlichen internationalen Stab, keine geeinigte internationale Gewerkschaftsbewegung gibt. Zurzeit ist die internationale Gewerkschaftsbewegung gespalten, nicht nur, weil es eine Profintern und eine Amsterdamer Internationale gibt, sondern weil die Arbeiter selbst getrennt sind. **Die Einheit der Gewerkschaftsbewegung kann nicht aus demokratisch-pazifistischen Anfängen entstehen; sie muß auf revolutionärem Boden auf der Grundlage des vorbehaltlosen Klassenkampfes sich entwickeln. Nur in diesem Falle kann man für die Idee der sozialen Revolution kämpfen.**

Die nächsten Aufgaben der Arbeiterbewegung sind: Einerseits die einheitliche Gewerkschaftsinternationale, andrerseits zu verhindern, daß Europa in eine amerikanische Kolonie verwandelt werde.

Die Arbeiter Europas müssen die Errichtung der Vereinigten Staaten Europas anstreben. Diese werden aber nicht den Vereinigten Staaten Amerikas ähnlich sein, sondern freie Staaten sein, in denen die Arbeiterklasse ihre hohen sozialistischen Ideale verwirklichen kann."

Streik der Steinsetzer

Die Steinsetzer und Berufsgenossen stehen seit dem 2. Oktober auf Grund der ablehnenden Antwort der Steinsetzer-Zwangsinnung für den Regierungsbezirk Merseburg in der Lohnfrage teilweise im Streik. Am Streik beteiligt sind: Filiale Halle, Filiale Zeitz, Kollegen der Firma Fuchs, Rotisch. Es wird vor Aufnahme von Arbeit im Bezirk verlangt, vorher Nachricht bei der Streikleitung Halle, Lerchenfeldstraße 14, einzuziehen. Als Streikbrecher ist bis jetzt keiner bekannt, bis auf den einstmaligen Kollegen Boost, Landsberg, bei der Firma Fuchs. Kollegen, behandelt derartige Menschen wie es ihnen gebührt.

Streikleitung Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241014-14/fragment/page=0007

Kämpfende · Jugend

Rüstet zum Kampf!

Die Metallarbeiter Wiens standen vor kurzem im Kampf **um wirtschaftliche Besserstellung ihres jämmerlichen Daseins. Tausende von Arbeitern waren in den Streik getreten, um so den Unternehmer zu zwingen, ihre Forderungen zu bewilligen. Der Kampf war erfolglos.** Zu denselben Bedingungen mußten die Proleten wieder in die Betriebe gehen, unter denen sie vorher im Dienste der Unternehmer geschuftet hatten. Es ist nun notwendig, die Frage zu lösen, wie es möglich war, daß dieser gewaltige Kampf erfolglos verlief.

Die österreichischen Metallarbeiter haben den Kampf aufgenommen, ohne ihn auf breitester Basis zu führen. Warum? Die erste Vorbedingung, den Kampf geschlossen, einheitlich, **d. h. alle in den Betrieben Beschäftigten müssen bei einem Streik aus den Betrieben heraus, ist nicht** erfüllt worden. Wohl hatte die erwachsene Arbeiterschaft fast vollständig die Betriebe verlassen, aber die **jugendlichen Arbeiter, die Lehrlinge,** waren gezwungen, weiter zu arbeiten. Dies war die erste Durchbrechung der geschlossenen Kampffront. **Die Lehrlinge wurden gezwungen, Streikbrecherdienste zu verrichten.** Die Betriebsräte sahen zum größten Teil ruhig zu. Es fehlte bei ihnen die Erkenntnis, daß es notwendig ist, auch die Lehrlinge aus den Betrieben herauszunehmen.

Die **Kommunistische Jugend** versuchte, die Kampfbasis zu erweitern durch **Hineinziehen der Jugendlichen in den Streik;** doch scheiterten die Anstrengungen. Die erwachsene Arbeiterschaft hatte die große Gefahr, die die Lehrlinge in den Betrieben für sie schufen, nicht begriffen. So war es leicht erklärlich, daß dieser Kampf, der nicht mit den schärfsten **Mitteln,** und vor allen Dingen, nicht geschlossen durchgeführt wurde, erfolglos blieb.

Welche Lehren hat uns Jungkommunisten dieser Kampf gezeigt und welches sind die daraus entstehenden Aufgaben? Wir sehen, wie unbedingt notwendig die Aufklärungsarbeit unter der jugendlichen und erwachsenen Arbeiterschaft ist. Diese Aufgaben müssen wir jetzt klar erkennen und mit aller Kraft an die Durchführung derselben gehen, da jetzt die deutsche Arbeiterschaft durch die wirtschaftliche Notlage gezwungen wird, in neue Kämpfe einzutreten, damit bei diesen nicht derselbe Fehler begangen wird.

Das Dawes-Gutachten ist mit Hilfe der Lakaien des Kapitals, der Sozialdemokraten, angenommen. Schon jetzt zeigen sich die ersten Folgen der Durchführung dieser Pläne. Die Lebensmittelpreise haben stark angezogen. Jeden Tag kommen aus allen Gauen Deutschlands, auch hier im Bezirk, Meldungen über Betriebseinschränkungen, Betriebsschließungen usw. Die deutsche Kapitalistenklasse geht daran, die Lasten dieses Schandvertrages auf die Schultern des deutschen Proletariats abzuwälzen. **Jetzt muß es nun die Aufgabe der gesamten deutschen Arbeiterschaft sein, diese Versuche der Unternehmerklasse unmöglich zu machen.**

Die Gothaer Betriebsräte haben den Anfang gemacht. Mit einem Aufruf wenden sie sich an das gesamte deutsche Proletariat und stellen die Mindestforderungen, für welche es den Kampf zu gehen hat, auf. Diesen Kampfruf der Gothaer Arbeiterschaft gilt es nun aufzunehmen und zu den unserigen zu machen. In Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen müssen wir sofort dazu Stellung nehmen und die Gewerkschaftsführer durch diesen Massenwillen zwingen, den Kampf aufzunehmen. Die Arbeiterschaft darf es sich nicht länger gefallen lassen, daß sie noch mehr geknechtet wird.

Jetzt muß auch die Jungarbeiterschaft auf den Plan treten. In jeder Versammlung, in welcher zu diesen Fragen gesprochen wird, müssen auch junge Arbeiter und Arbeiterinnen sprechen. Ueberall muß der erwachsenen Arbeiterschaft klargemacht werden, daß die **Jungarbeiterschaft nicht gewillt ist, sich noch tiefer in das Sklavenjoch stecken zu lassen,** sondern daß sie bereit ist, mit ihr gemeinsam den Kampf aufzunehmen.

Die Löhne der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sind skandalös. Hier gilt es vor allen Dingen aufzubessern. Die **Arbeitszeit** ist fast überall auf **10 bis 12 Stunden** festgesetzt. Es ist unbedingt notwendig, zu mindest den Achtstundentag zurückzuerobern.

Klarheit muß jetzt aber herrschen, daß dieser Kampf nur von der gesamten Arbeiterschaft geführt werden kann. Es darf nicht mehr vorkommen, daß die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen Streikbrecherdienste verrichten müssen. **Bei den kommenden Kämpfen müssen die Jugendlichen mit aus den Betrieben genommen werden.** In keiner Werkstatt darf bei Streiks noch ein Jugendlicher Arbeit verrichten.

Die Kämpfe werden nur dann zu wirklichen Erfolgen führen, wenn die gesamte Arbeiterschaft, d. h. junge und alte Proleten, gemeinsam aus den Betrieben herausgehen!

Diesen Gedanken gilt es jetzt in die Massen hineinzutragen. Alle Arbeiter müssen von der Notwendigkeit der geschlossenen Kampfführung überzeugt werden; dann können wir den kommenden Kämpfen gerüstet entgegengehen. **A. K., Halle.**

Berufsbildung

Ein Zeitzer Genosse schreibt uns:

Unter der Spitzmarke „Berufsbildung" leisteten die „Zeitzer Neuesten Nachrichten" sich in ihrer Nummer 234 folgenden Scherz in ihrer Rubrik „Eingesandt":

„Ich habe mir schon immer meine Gedanken über „Berufsschulen" gemacht, mit denen wir in Zeitz so gesegnet sind. **Die Lehrlinge und Mädchen werden von Jahr zu Jahr flegelhafter. Früher in der Fortbildungsschule wurden wenigstens noch die Hosen strammgezogen. Das wäre jetzt auch für die Mädchen angebracht.** Es ist unglaublich, wie es abends vor der Schule zugeht. Ist denn keine Polizei da? Schlafen die Herren, die den Ordnungsdienst unter sich haben? **Mit Reitpeitschen müßte die Schutzmannschaft ausgerüstet werden, um bei Schulschluß abends unter diese verlumpte Jugend zu schlagen.**

Es ist empörend, wie es da zugeht und höchste Zeit, daß ganz energisch eingeschritten wird. Auch gegen das **Abendbummeln Jugendlicher bis wenigstens zum 20. Jahre** auf dem Roßmarkt und in der Wendischen Straße bis in die Nacht hinein.

Ebenso werden die **Promenaden der Beobachtung in bezug auf Minderjährige empfahlen.**

Allerdings müßte erst noch dafür gesorgt werden, daß die jüngeren Herren, denen der Ordnungsdienst anvertraut ist, nicht auch immer mit allerhand Mädchen auf den Straßen herumstehen. — Und den Eltern rufe ich zu: „Ist es Euer Wille, daß Eure Töchter dem „Beruf" zugeführt werden, der auf dem Bummel seinen Anfang nimmt? Ich bin durchaus nicht engherzig, aber für Kinder ist „die Straße" nicht. **Ein Zeitzer."**

*

Der Artikel ist vielleicht die größte Konzentration aller Schimpfereien, die bisher gegen die arbeitende Jugend geleistet wurden. Wenn wir objektiv sein wollen, so müssen wir uns fragen, warum denn überhaupt die Jugend heute teilweise verroht ist. Da behaupten wir, daß gerade die bürgerliche Gesellschaft, die nicht genug Zeter und Mordio gegen die „verrohte" Arbeiterjugend schreien kann, der Grund zu der „Verrohung" ist. Eine Gesellschaft, welche Millionen zum Morden und Brennen im imperialistischen Krieg „erzogen" hat, hat kein Recht, über die Folgen ihrer „Erziehung" zu klagen. Im übrigen soll die Bourgeoisie vor ihrem eigenen Hause kehren. Gerade die „goldene Jugend" des Bürgertums, die in den faszistischen Jugendorganisationen zusammengefaßt ist, hat in unzähligen Fällen den Beweis erbracht, wo am meisten wirkliche Verrohung steckt. —

Die jungen Arbeiter dürfen die Worte des Einsenders in den „Z. N. N." nicht zu leicht nehmen. Man versucht, die **Prügelstrafe in den Fortbildungsschulen** einzuführen.

Unsere Aufgabe ist, sofort an die **Bildung von Schülerräten** zu gehen. Diese Aufgabe kann nur die KJ. erfüllen. Daher müssen aber alle jungen Arbeiter endlich den Weg zu der einzigen Organisation, die ihre Interessen in jeder Hinsicht rücksichtslos vertritt, zur Kommunistischen Jugend, finden. Ein Zeitzer Genosse.

Aus der Fortbildungsschule

Ein Jugendgenosse aus Kelbra schreibt uns:

In der Fortbildungsschule Kelbra herrschen Mißstände. So z. B. wird den Schülern das Tragen von Abzeichen untersagt. Aber nicht etwa den Schülern, denen die Herren Lehrer gut gesinnt sind (Jungdoölümmels usw.). Aber bei dem bloßen Anblick eines KJ.-Abzeichens oder eines Sowjetsternes werden sie wild und verlangen von den KJ.-Genossen die Entfernung dieser Abzeichen. Dieser Zumutung kommen natürlich unsere Genossen nicht nach, was ja eine Selbstverständlichkeit ist. „Gleiches Recht für alle" heißt es ja wohl in der Republik. Weiter werden bei der geringsten Kleinigkeit (z. B. wenn mit einer schriftlichen Arbeit die Schüler nicht rechtzeitig fertig werden) die Schüler mit dem Stock bedroht.

Das zeigt, welchen Weg die arbeitende Jugend gehen muß. Der Zusammenschluß aller klassenbewußten Jungproletarier in der Fortbildungsschule ist notwendig, um den reaktionären Machenschaften der Fortbildungsschullehrer das Handwerk legen zu können.

Bildet sofort Schülerräte!

Hinein in die Kommunistische Jugend!

Aus den Betrieben

Kürzung der Jugendlöhne!

Das Kapital geht immer brutaler vor. Das insbesondere gegen die Jugarbeiterschaft. So sind die Löhne der bei der **Firma Raether in Zeitz** beschäftigten Jugendlichen folgendermaßen gekürzt worden. **Während sie bisher pro Woche 10 bis 15 Mark erhielten, werden jetzt nur 7 bis 9 Mark gezahlt.** Eine andere Kategorie, die **bis jetzt 20 bis 22 Mark verdiente, erhält jetzt nur 14 bis 15 Mark.** Ja, es geht sogar so weit, daß **ein Jugendlicher in einer Woche 0,50 Mark, in der zweiten 2 Mark bekam.**

Dieser ungeheueren Ausmucherung der arbeitenden Jugend muß überall entgegengetreten werden. Es geht nicht an, daß die hungernde arbeitende Jugend sich weiter auspressen läßt, ohne sich zu wehren. Die KJ. muß den Massen der arbeitenden Jugend zeigen, daß sie ein Kampfprogramm hat, das energisch die Interessen der Jungarbeiter vertritt. Für dieses Programm von wirtschaftlichen Forderungen die arbeitende Jugend zu gewinnen, muß unsere nächste Aufgabe sein.

Teutschenthal. Die hiesigen Arbeitslosen sollen gezwungen werden, für Herrn Karl Wentzel Rüben zu roden. Sie sollten pro Morgen angehobene Rüben 11 Mk., für ungehobene Rüben 16 Mk. erhalten. Als die Betreter der Erwerbslosen fragten, ob sie auch das zuständige Deputat erhielten, bekamen sie vom Oberinspektor die Antwort: „Na, wenn noch etwas übrigbleibt, dann könnt Ihr ja noch ein Pfund Zucker erhalten." (Festgelegt ist laut Tarif 9 Pfund Mehl und 5 Pfund Zucker pro Morgen.) Selbstverständlich haben die Erwerbslosen abgelehnt, unter diesen Bedingungen zu arbeiten, da sie dabei nicht das Salz für die Suppe verdienen würden. Jetzt ist das heilige, demokratisch-republikanische Arbeitsamt dazu übergegangen, diesen Arbeitslosen die Unterstützung zu entziehen. Kommentar überflüssig!

Krügershall: Einer unserer Genossen fragte auf dem Kaliwerk Krügershall nach Arbeit an. Er wurde abgewiesen, während gleichzeitig zwei andere Arbeitslose, die das Wehrwolfabzeichen angesteckt hatten, eingestellt wurden. Dieses Beispiel beleuchtet blitzartig die Situation. Die Arbeitgeber brauchen „ordentliche" und „ruhige" Staatsbürger, die aus Interesse am deutschen „Wiederaufbau" sich ohne Murren in den Arsch trampeln lassen. Der Arbeitnehmer versteht es, Proleten gegen Proleten auszuspielen. Er lockt verirrte Proletarier in seine faszistischen Organisationen und mißbraucht sie in eventuell eintretenden wirtschaftlichen Kämpfen zu Streikbrechern.

Sangerhausen voran!

Gegen die Notlage der arbeitenden Jugend können wir nur durch die Betriebszellen der KJ. ankämpfen.

Sangerhausen. Als erste Ortsgruppe des Bezirks Halle-Merseburg hat die **Ortsgruppe Sangerhausen** die wichtigste politische Aufgabe der KJ. **die Umstellung unserer Organisation auf Betriebszellen,** durchgeführt. **In Sangerhausen gibt es keine Wohngruppen mehr.** Die ganze Tätigkeit der Ortsgruppe ist auf die Betriebe gelegt. Wenn auch augenblicklich noch kleinere Mängel zutage treten, so werden diese in kurzer Zeit verschwinden, da alle Genossen mit Feuereifer an die Arbeit gehen. **Genossen, macht es nach!**

Jeder Betrieb sei unsere Burg!

Hinweg mit der sozialdemokratischen Wohnbezirksorganisation! Auf, zur Umstellung des Verbandes auf die Betriebszellengrundlage!

Unsere Bildungsarbeit

Wie es bei den Freideutschen und den SAJlern im Sommer üblich ist, die sexuelle Frage „grundsätzlich" zu behandeln, so kann man bei ihnen zu Beginn des Herbstes den „Drang", wissenschaftliche, sozialpolitische und ökonomische Fragen zu behandeln, feststellen. Da diese Bildungsarbeit nur aus dem Motiv, „etwas zu wissen", und nicht, wie es bei uns der Fall sein soll, durch Bildungsarbeit „etwas zu erkennen", „etwas zu verstehen", entsteht, so charakterisiert die Bedingtheit der oben beschriebenen Bildungsarbeit diese als bürgerlich, als Selbstzweck.

Da leider ein gewisser Teil unserer Genossen Tendenzen verfolgt, die obigen sehr ähneln, ist es notwendig, auf diese Arbeit kurz einzugehen.

Wie in allen anderen Fragen, so **unterscheiden wir uns auch in der Bildungsarbeit grundsätzlich von der der Bourgeoisie und der der Sozialdemokraten** und anderen Kleinbürgern.

Für uns hat die Bildungsarbeit nicht den Zweck einer individuellen „Bildung", die Lösung abstrakter Begriffe oder theoretischer Flokhnackereien, sondern unsere Bildungsarbeit ist ein Stück Klassenkampf, soll neue Waffen gegen die bourgeoise Ideologie schaffen. Unsere Bildungsarbeit ist aber nur dann eine bolschewistische, wenn wir die Theorie mit der Praxis verbinden, wenn wir verstehen, die Erfahrungen aus wirtschaftlichen und politischen Kämpfen zu ziehen und sie theoretisch zu analysieren suchen, um die Zusammenhänge zu finden, aus denen wir neue Wege aufzeigen müssen.

Lenin hat einmal in wenigen Worten den Inhalt unserer Bildungsarbeit gekennzeichnet. Er führte in seiner bekannten Rede auf dem allrussischen Kongreß des KJVR. am 4. Oktober 1920 aus:

„Unsere Erziehung muß mit dem Kampf der Werktätigen gegen die Exploiteure verbunden werden, um ihnen zu helfen, die Aufgaben zu lösen, die aus der Lehre des Kommunismus folgen."

Noch schärfer schält er den Kern unserer Bildungsarbeit in folgenden Worten heraus:

Ohne Arbeit, ohne Kampf ist das aus kommunistischen Broschüren und Werken angeeignete Bücherwissen über den Kommunismus rein gar nichts wert, da es ja nur eine Fortsetzung des alten Auseinanderklaffens von Theorie und Praxis sein würde. — Jenes alten Auseinanderklaffens, das den widerlichsten Zug der alten bürgerlichen Gesellschaft darstellte.

Der Genosse Lenin warnte also vor dem Nurwissen, vor dem Eingepauken, vor dem „angelernten" Kommunismus, und er erklärte, daß, wenn wir der kommunistischen Lehre und Lebensgestaltung erst wirklichen Sinn geben wollen, eine Verbindung des theoretisch-wissenschaftlichen mit der Realität des Lebens, mit den Kämpfen und Bewegungen des Proletariats unbedingt erforderlich ist. Darum müssen alle Genossen, die an einem Bildungskursus teilnehmen, aktive Funktionäre der Organisation sein, die mit allen praktisch-organisatorischen wie politischen Arbeiten der KJ. eng verbunden sind. Der Bildungskursus soll diesen Funktionären Richtlinien geben, ihnen die Möglichkeit geben, auch theoretisch die Grundlagen der neuesten Entwicklungsperioden der menschlichen Gesellschaft zu verstehen.

Arbeitet an der Jugendbeilage mit!

Jugendgenossen!

Unsere Beilage ist noch immer nicht das, was sie eigentlich **sein** sollte, weder ihrem Inhalt, noch ihrer Form nach. Wenn der Zweck der Jugendbeilagen ist, einen Ersatz zu schaffen für in den einzelnen Bezirken herauszugebende Jugendzeitungen, die wir aber infolge des Mangels an Mitteln vor der Machtergreifung nicht herausgeben können, so müssen wir dafür sorgen, daß die Jugendbeilage endlich ein anderes Gesicht bekommt:

Sie muß für die arbeitende Jugend im Betrieb geschrieben werden!

Die Jugendbeilage muß vor allen Dingen das Abstrakte und **rein** Theoretische verlieren. Die brennendsten Fragen der arbeitenden Jugend dürfen nicht nur rein theoretisch behandelt werden, sondern die erschütternde Wirklichkeit kapitalistischer Ausbeutung mit allen ihren grausamen Einzelheiten, mit ihren Tatsachen: den niedrigen Löhnen, der langen Arbeitszeit, den Mißhandlungen durch die Meister usw. soll sich in unserer Beilage widerspiegeln. Auf diese Weise soll die brutale Ausbeutung in diesem und jenem Betrieb den anderen jugendlichen Arbeitern mitgeteilt werden. Dieses Tatsachenmaterial, das natürlich der Wahrheit entsprechen muß, müßtet Ihr uns schreiben. Nur so kann eine inhaltlich gute, für alle jugendlichen Arbeiter interessierende Beilage entstehen.

Weiter: Die einzelnen Fälle besonders krasser Ausbeutung dürften nicht mit „gelehrten" Worten geschildert werden. Nein! Genau so, wie Ihr, Jungarbeiter, sprecht: ungekünstelt, natürlich, ohne irgendwelche hochtönenden Wendungen. So muß die Jugendbeilage geschrieben sein. Das könnt nur Ihr, junge Arbeiter!

Ihr müßt Eure Jugendbeilage selbst schreiben!

Viele Jugendliche glauben, das nicht zu können. Diese Bedenken müssen endlich behoben werden. Versucht es nur einmal, Jugendgenossen! Macht den Anfang — und es wird gehen.

Schreibt so, wie Ihr sprecht!

Einfach, schlicht, keine langen Bandwürmer, kurze Sätze, möglichst kurzer Text. So wird die Jugendbeilage recht interessant, sehr inhaltsreich werden.

Sollten dennoch irgendwelche Fehler in Euren Artikeln und Zuschriften sein, so sind wir dazu da, die Fehler auszumerzen. Wenn Ihr überhaupt nicht schreiben zu können glaubt, so gebt uns nur in kurzen Stichworten den Betrieb, die Löhne und Arbeitszeit der Jugendlichen usw. an. Eine kleine Zuschrift kann für uns sehr wertvoll und wichtig sein!

Jugendgenossen!

Wenn Ihr eine Jugendbeilage haben wollt, die Eurem Fühlen und Denken Ausdruck verleiht, schreibt uns etwas über Euere Lage.

Prangert jeden Meister, der Euch schindet und mißhandelt, in der Jugendbeilage des „Klassenkampf" an!

Schreit Euer Elend in der Jugendbeilage des „Klassenkampf" in die Oeffentlichkeit hinaus!

Veröffentlicht die unverschämt niedrigen Löhne und die unerhört lange Arbeitszeit der Jungarbeiterschaft in der Jugendbeilage des „Klassenkampf"!

Radio!

10 Punkte des ADGB.

Nimmt man einen Apfel zur Hand und schneidet ihn quer durch, so zählt man 10 Punkte, also genau soviel, wie einstmals vom ADGB. aufgestellt wurden. Zur Lösung dieser Punkte sind nun zwei Richtlinien maßgebend:

1. Es muß noch in manchen saueren Apfel gebissen werden, ehe die 10 Punkte in Erfüllung gehen.

Oder:

2. Die 10 Punkte sind auf ewig in die Aepfel gegangen.

Das letztere wird wohl die richtigste Lösung sein.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241014-14/fragment/page=0008